

daten & fakten



1'96 **MAGAZIN** DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

Was ist amtliche Statistik?

Statistik ist die allgemeine Bezeichnung für die zahlenmäßige Erfassung, Untersuchung und Darstellung von Massenerscheinungen. Millionen von Einzeldaten werden zu Ergebnissen zusammengefaßt, die interessegeprägt als Informationsgrundlage für vielfältige Aufgabengebiete und Lebensbereiche verwendet werden.

Eine demokratische und nach sozialstaatlichen Prinzipien ausgerichtete Gesellschaft muß über methodisch einwandfreie, politisch neutrale und allen Bürgern zugängliche Informationen verfügen.

Jeder erwartet zu Recht, daß Politiker und Behörden, Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftler, die Medien und auch alle Bürger bei ihren Entscheidungen von gesicherten Kenntnissen ausgehen können.

Eine unentbehrliche Handlungsgrundlage dafür ist die amtliche Statistik, die nach Festlegungen des Gesetzgebers Daten über Massenerscheinungen erhebt, sammelt, aufbereitet, diese nach wissenschaftlichen Methoden auswertet und die Öffentlichkeit objektiv über die Ergebnisse informiert. Nicht die Statistik, sondern die gewählten Politiker entscheiden, wer, wann, worüber, wofür und wie oft um Auskünfte für die amtliche Statistik gebeten wird. Generell zu beachtende Rahmenregelungen sind durch das Bundesstatistikgesetz gegeben. Auf dieser Basis ist für jede amtliche stati-

stische Erhebung eine spezielle Rechtsgrundlage erforderlich, in der im einzelnen festgelegt ist, was erhoben wird, wer auskunftspflichtig ist, ggf. auch in welcher Form die Daten weitergegeben und publiziert werden dürfen. Amtliche Statistik ist daher staatliche Auftragsstatistik. Neben dem Grundsatz der Legalität ist sie vom Grundanliegen neutral, objektiv und wissenschaftlich unabhängig.

Diese Prinzipien kennzeichnen den Anspruch und die Verpflichtung der amtlichen Statistik zugleich: Vollständige und genaue Daten für das gesamte Gemeinwesen bereitzustellen, die fachlich und regional tief untergliedert sind und ein getreues Abbild der Wirklichkeit widerspiegeln. Die Daten sollen sowohl interregional als auch international vergleichbar sein. Die Ergebnisse der neutralen amtlichen Statistik sind ein unverzichtbares Gegengewicht zu einseitig interessengeprägten Informationen.

Amtliche Statistik wird von eigens dafür eingerichteten Fachbehörden durchgeführt, die ebenso per Rechtsvorschrift damit beauftragt sind. Das sind insbesondere das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder, aber auch andere gesetzlich betraute Stellen, bei denen die Statistik nicht aus dem Bereich der fachlichen Verwaltung herausgelöst ist, wie z.B. die Bundesbank, die Bundesanstalt für Arbeit oder kommunale Ämter.

Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam, Telefon: 0331/39405, Telefax: 0331/39418,
T-Online: *47474#, E-Mail: 033139400-0001@-online.de,
Internet: <http://www.brandenburg.de/lfs/>, E-Mail: Info@lfs.brandenburg.de.

Schriftleitung: Antje Leutholt

Stellvertreterin: Ina Hergert

Redaktion: Jörg Glücks, Torsten Haseloff, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe,
Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Renate Sonntag, Brigitte Thein,
Andrea Urbanski

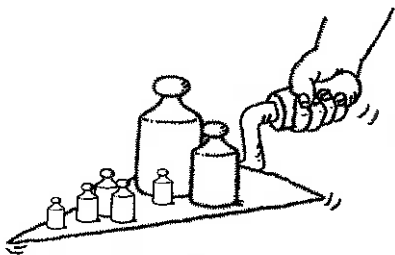
ISSN: 1430-2071

Bezugspreis: 5,00 DM

daten&fakten erscheint halbjährlich im Vieth+Vieth Verlag GmbH
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

INHALT

daten & fakten



Brandenburger
Handwerk
hat
Gewicht

6



Die
informations-
technische
Aus- und
Fortbildung
des Landes
Brandenburg

9

Was ist amtliche Statistik?	2
Impressum	2
Kurzinformationen	4
Vorwort	5
Ergebnisse der Handwerks- zählung 1995 in Brandenburg	6
Jährlich 5 000 Landes- bedienstete am Computer geschult	9
Das Landesamt für Daten- verarbeitung und Statistik Brandenburg als Aussteller auf dem 50. Deutschen Geographentag	11
Ein Vorschlag zur Vereinheit- lichung, Vereinfachung, Verbesserung der Trans- parenz und Erhöhung der Aussagekraft von Statistiken	12
Mit dem Laptop zur Haushaltsbefragung	15
Erstmals Lohnsteuererlegung in Brandenburg	17
Aufbau des Landes- verwaltungsnetzes	20
Landesrechenzentrum	21
Länderfusion	22
Aktuelle Veröffentlichungen des LDS Brandenburg	24

MAGAZIN

DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG

1'96



19 Positive Bilanz
beim
50. Deutschen
Geographentag



15 Nicht nur
Journalisten
nutzen
den Laptop

Anstieg der Insolvenzen um ein Drittel

Insgesamt 1101 Gesamtvollstreckungsverfahren wurden 1995 im Land Brandenburg festgestellt. Damit erhöhte sich diese Zahl gegenüber dem Vorjahr um 36,6 Prozent.

Mit 339 Firmenzusammenbrüchen war das Baugewerbe wiederum am stärksten betroffen (1994: 204). Der Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Ge-

brauchsgütern) legte mit 293 Fällen überdurchschnittlich gegenüber dem Vorjahr zu (202).

Die Anzahl der insolventen Unternehmen, die nach dem 30.06.1990 gegründet wurden, betrug 888 und stieg damit gegenüber 1994 fast um die Hälfte.

Die Höhe der angemeldeten Forderungen lag bei der Rekordsumme von fast 1,5 Milliarden DM.

Insolvenzverfahren	1992	1993	1994	1995
insgesamt	128	366	806	1101
darunter Unternehmen und Freie Berufe	126	334	731	1023

Erstmals mehr Rinder als Schweine gezählt

Das endgültige Ergebnis der am 3. Dezember 1995 statigefundenen repräsentativen Viehzählung liegt vor. Es wurden 712 000 Rinder, 122 000 Schafe und 702 000 Schweine ermittelt. Damit wurden erstmals weniger Schweine als Rinder gehalten.

1995 wurden von den landwirtschaftlichen Betrieben 1,2 Millionen Tonnen Kuhmilch erzeugt. Das waren 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einer Milchmenge von 5361 Kilogramm wurde die bisher höchste Leistung je Kuh in Brandenburg erreicht.

Personal im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg waren am 30. Juni 1995 insgesamt 159 365 Personen (ohne Bundespersonal) beschäftigt. Das sind 8 267 Beschäftigte (-4,9 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Der Personalbestand des Landesdienstes hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist um 15 auf 76 406 leicht gesunken. Je 1000 Einwohner waren 30 Beschäftigte im Landesdienst tätig.

Im Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände bleibt es beim massiven Stellenabbau. Waren in diesem Bereich 1994 noch 84 763 Personen tätig, so sind es 1995 9137 (-10,8 Prozent) weniger. Aufgrund der Ausgliederungen von Einrichtungen und Übergabe an andere Träger, Überführung in private Rechtsformen (insbesondere bei den kommunalen Krankenhäusern) und zum Teil durch Schließung von Einrichtungen sank die Zahl der Beschäftigten. Die Zahlung von Abfindungen unterstützte den Personalabbau zusätzlich.

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Jahr 1995

Konzentration im engeren Verflechtungsraum zu Berlin

17 144 Baugenehmigungen für Hochbauten registrierte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg aufgrund der Meldungen der Bauaufsichtsbehörden für das Jahr 1995. Das sind 17,4 Prozent mehr gemeldete Bauvorhaben als 1994.

Die Grundlage für dieses Wachstum bildet der Wohnungsbau. Es wurden insgesamt 35 016 Wohnungen, das sind fast ein Drittel mehr als im Vorjahr, zum Bau freigegeben. Die genehmigte Wohnfläche von 3 Millionen Quadrat-

metern ist größer als die Gesamtfläche des Parkes Sanssouci.

70 Prozent der genehmigten Wohnungen sollen in den 275 Gemeinden des engeren Verflechtungsraums entstehen.

Insgesamt 10 793 Bauvorhaben wurden im Jahr 1995 als fertiggestellt gemeldet. Es wurden 17 963 Wohnungen mit einer Wohnfläche von 1,6 Millionen Quadratmetern bezugsfertig. Damit liegen die Fertigstellungszahlen um fast 30 Prozent über dem Vorjahreswert. 16 201

Wohnungen sind in neu errichteten Wohngebäuden, darunter 7 757 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und 8 444 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, zur Nutzung freigegeben worden.

Für den engeren Verflechtungsraum wurden vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg insgesamt 11 636 fertiggestellte Wohnungen ermittelt. Das entspricht rund 65 Prozent aller Wohnungsfertigstellungen des Landes.

Vorläufige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 Land Brandenburg

Nach den ersten vorläufigen Auszählungen der Gebäude- und Wohnungszählung gab es am 30. September 1995 im Land Brandenburg insgesamt 489 227 Gebäude mit Wohnraum (einschließlich bewohnter Unterkünfte) mit zusammen 1 120 007 Wohneinheiten.

Es liegen vorläufige Ergebnisse der ersten Gebäude- und Wohnungszählung auf

Gebiet	Gebäude mit Wohnraum und bewohnte Unterkünfte insgesamt	Davon mit ... Wohneinheiten						Wohneinheiten insgesamt
		1	2	3-6	7-12	13-20	21 und mehr	
Land Brandenburg	489 227	330 560	71 103	45 721	38 098	2 467	1 278	1 120 007

dem Gebiet der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor. Die letzte Totalzählung der Gebäude und Wohnungen erfolgte mit der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezähl-

lung der DDR am 31. Dezember 1981. Insgesamt wird es die Gebäude- und Wohnungszählung 1995 ermöglichen, erstmals auch mit den alten Ländern vergleichbare Ergebnisse auf tiefer regionaler Ebene bereitzustellen und

eine verlässliche Basis für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes sowie eine Auswahlgrundlage für künftige Stichproben zu erhalten. Endgültige Ergebnisse werden für das zweite Halbjahr 1996 erwartet.

*Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,*

heute halten Sie die erste Ausgabe unseres Magazins **daten & fakten** in der Hand. Es wird zukünftig halbjährlich erscheinen. Das Magazin ist aus unseren Überlegungen zur verstärkten Kundenorientierung hervorgegangen und eine logische Weiterentwicklung unserer Publikationsformen.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg wurde aufgrund des Errichtungserlasses vom 13. März 1991 gegründet. Wie der Name schon erkennen läßt, besteht das Amt aus zwei Säulen, der Datenverarbeitung und der Statistik. Außerdem gibt es eine Zentralabteilung.

Vom zeitlichen Ablauf her gesehen, wurde zuerst die Abteilung Statistik aufgebaut. Die Bezirksstellen für Statistik in Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus bildeten dafür die personelle Grundlage.

Die Landesämter der neuen Bundesländer wurden von den entsprechenden Ämtern der Partnerländer unterstützt. Unserem Amt stand das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zur Seite. Die Unterstützung verdeutlichte sich unter anderem in gegenseitigen Arbeitsbesuchen, der Übergabe von bewährten Arbeitsmaterialien und der rechen-technischen Abarbeitung der Bundesstatistiken. Die fachliche, technische und personelle Hilfe im Bereich der Datenverarbeitung, der Statistik und in der Zentralabteilung versetzte das LDS BB zunehmend in die Lage, die Aufgaben für das Land Brandenburg selbst zu übernehmen. Im Juni 1994 wurde die letzte der 59 Statistikabteilungen von Nordrhein-Westfalen nach Brandenburg überführt. Gleichzeitig führten wir zahlreiche Statistiken neu in Brandenburg ein. Um eine etwaige Vorstellung zu vermitteln – es handelt sich heute um insgesamt etwa 200 Statistiken. Die Datenverarbeitungszentrale wuchs von der technischen und personellen Ausstattung mit den an sie gestellten Aufgaben. Mit dem Errichtungserlaß wurden dem LDS BB konkrete Aufgaben übertragen. Im Bereich der Statistik ist bei der methodischen und technischen Vorbereitung und Weiterentwicklung von EU-, Bundes- und Landesstatistiken, darunter Groß-



Arend Steenken
Direktor des Landesamtes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg und Landeswahlleiter
des Landes Brandenburg

und Sonderzählungen, mitzuwirken, diese zu erheben, aufzubereiten und die statistischen Ergebnisse zusammenzustellen, auszuwerten, darzustellen und zu veröffentlichen. Das Amt leistet Unterstützung bei allgemeinen Wahlen und Volksabstimmungen. Letztes Beispiel dafür war die Volksabstimmung am 5. Mai 1996.

Die Landesdatenverarbeitungszentrale hat die dv-technische Betreuung der Statistikaufgaben zu gewährleisten, die Behörden und die Einrichtungen der Landesverwaltung bei der Entwicklung und dem Einsatz dezentraler Datenverarbeitungsverfahren zu beraten und zu unterstützen, bei der Aus- und Fortbildung im DV-Bereich mitzuwirken. Außerdem wurde ihr die bedeutende Aufgabe übertragen, für das Land Brandenburg ein Landesverwaltungsnetz (siehe Seite 20) zu entwickeln und zu betreiben. Diese Netzstruktur bietet die Grundlage für eine effizientere und bürger-nahe Erledigung von Verwaltungsaufgaben.

Die amtliche Statistik stellt Informationen für politische, aber auch die über den Einzelfall hinausgehenden administrativen Entscheidungen bereit. Die statistischen Daten sind kein Hoheitswissen von Landesbehörden und -einrichtungen. Die Auswertungen können von jedermann abgefragt werden.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg beschreitet unterschiedliche Wege zur Darstellung des Leistungsangebotes

des Amtes. Das bundeseinheitliche Veröffentlichungsprogramm umfaßt Statistische Berichte mit einem abgestimmten Datenspektrum und landesspezifischen Ergänzungen. Dieser Grundstock an Veröffentlichungen wird weitergeführt und den Wünschen unserer Empfänger angepaßt. Eine zeitlich langfristige und fachlich tiefgründigere Betrachtung lassen die Statistischen Beiträge zu. Diese Verzeichnisse, wie beispielsweise über die amtlichen Gemeindefür die Behörden oder Schulen, werden gerne gekauft. Die bekannteste Datensammlung unseres Hauses ist mit Sicherheit das Statistische Jahrbuch. Diese Palette ergänzen Pressekonferenzen und -mitteilungen, Artikel in Zeitschriften, der Statistische Jahresbericht, Faltblätter, Gemeinschaftsveröffentlichungen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern. Neben Büchern und Broschüren erfolgt die Bereitstellung der Daten zunehmend auf Diskette, in T-Online und im Internet. Großer Beliebtheit erfreut sich der Auskunftsdienst unseres Amtes. Hier können die gewünschten Daten telefonisch abgefragt werden und gleichzeitig erfolgt eine individuelle Beratung des Kunden. Dies trifft auch für den direkten Verkauf im Auskunftsdienst zu.

Die Datenaufbereitung in Form von Tabellen spricht unsere Kunden unterschiedlich an. Das bisherige Informationsangebot wird überwiegend von Landes- und Bundesbehörden, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Instituten, Firmen, Parteien und der Presse genutzt.

Im Rahmen der Kundenorientierung wurde festgestellt, daß sich das Angebot unseres Amtes zu wenig an den „interessierten Laien“ wendet. Für diese Nutzer möchten wir unsere Informationen populärwissenschaftlich aufbereiten.

Die „interessierten Laien“, aber auch unsere bisherigen Kunden, wollen wir mit diesem Magazin ansprechen. Um dem gestellten Anspruch gerecht zu werden, sind wir an Ihren Anregungen, Beurteilungen, aber auch Hinweisen zu gelungenen Artikeln interessiert.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieses Magazins.

Ihr

Arend Steenken

Ergebnisse der Handwerkszählung 1995

Brandenburger Handwerk hat Gewicht

Zum Stichtag 31. März 1995 fand in der Bundesrepublik Deutschland die sechste Handwerkszählung statt. Diese Zählung liefert erstmals nach der Vereinigung Deutschlands für das gesamte Bundesgebiet aktuelle Wirtschaftsdaten für den Bereich Handwerk. Auch für das Land Brandenburg stehen durch diese „Inventur“ zuverlässige Angaben für diesen typischen Bereich des gewerblichen Mittelstandes zur Verfügung.

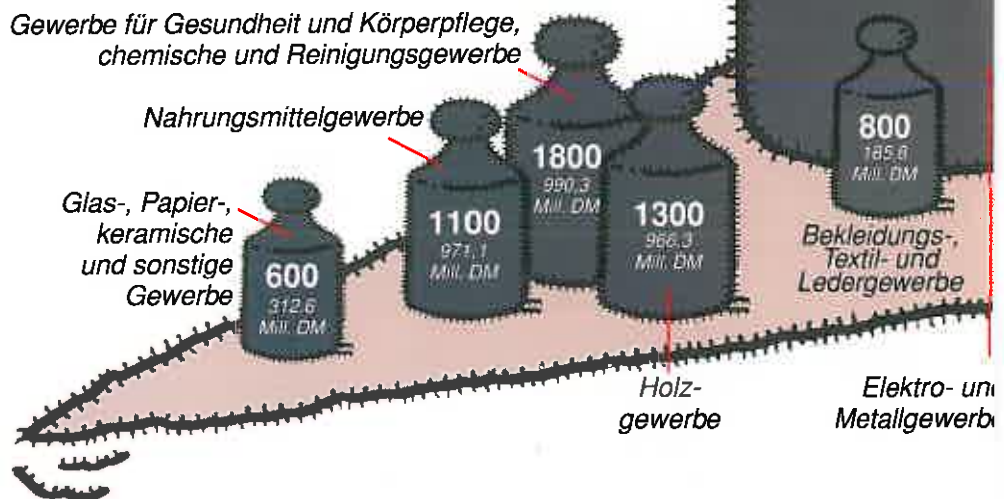
Die Ergebnisse zeigen: Brandenburger Handwerk hat Gewicht. Fast jeder fünfte Erwerbstätige im Land Brandenburg hatte 1994 seinen Arbeitsplatz in einem Handwerksunternehmen. Im Jahr 1994 erwirtschafteten die 19069 Handwerksunternehmen mit rund 210 000 Beschäftigten einen Umsatz von ca. 25,2 Milliarden DM.

Bedeutung und Aufgabe der Handwerkszählung

Handwerkszählungen gehören als umfassende Bestandsaufnahme zu den wichtigsten statistischen Informationsquellen über das Handwerk. Wegen der hohen Zahl der zu erfassenden Einheiten und den damit verbundenen Kosten finden sie allerdings nur in großen Zeitabständen statt. Nach 1949, 1956, 1963, 1968 und 1977 wurde die Handwerkszählung 1995 erstmals im vereinigten Deutschland durchgeführt. Der Gesetzgeber hat für diese statistische Erhebung Auskunftspflicht¹⁾ an-

¹⁾ Rechtsgrundlage: Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerkstatistikgesetz – HwStatG) vom 07. März 1994 (BGBl. I S. 417) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BstatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565)

Anzahl der Handwerksunternehmen in Brandenburg und deren Umsatz in Mill. DM



geordnet, um so vollständige und zuverlässige Ergebnisse zu erhalten. Für die Durchführung sind die Statistischen Landesämter verantwortlich. Künftig werden Zählungen im Handwerk im Abstand von acht bis zehn Jahren durchgeführt.

Ziel der Handwerkszählung ist es, den Handwerksorganisationen und den politischen Entscheidungsträgern aktuelle Daten des Handwerks in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung für ihre Entscheidungsfindung bereitzustellen.

Es sollen Antworten gegeben werden auf Fragen wie

- Wieviele Handwerksunternehmen gibt es derzeit?
- In welchen Regionen des Landes sind Handwerksunternehmen besonders dominierend?
- Welche Gewerbe werden überwiegend ausgeübt?

- Wieviele Menschen haben ihren Arbeitsplatz in einem Handwerksunternehmen?

- Welcher strukturelle Wandel hat sich vollzogen?

Die Ergebnisse der Handwerkszählung werden nach der Bearbeitung und Zusammenfassung der Daten veröffentlicht.

Diese Informationen können dann von allen Interessenten in den Statistischen Landesämtern abgefordert und genutzt werden.

Organisation und Durchführung der Handwerkszählung

Befragt wurden alle Betriebe und Unternehmen von selbständigen Handwerkern und alle handwerkli-



**Bau- und
Ausbau-
gewerbe**

Nebenbetriebe nichthandwerklicher Unternehmen, die zum Stichtag 31. März 1995 in die Handwerksrolle eingetragen waren.

Die Eintragung in die Handwerksrolle wird von den Handwerkskammern geführt. Deshalb war auch deren Mitwirkung erforderlich. Die Handwerkskammern Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam des Landes Brandenburg übermittelten dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg die notwendigen Anschriften.

Ende März 1995 wurden auf dem Postwege die Erhebungsvordrucke zur Handwerkszählung an die ca. 22 500 Handwerker übermittelt.

Während des Rücklaufes der Fragebogen wurden Mängel in der Qualität und Aktualität des Anschriftenmaterials deutlich.

So enthielt der von den Handwerks-

kammern übermittelte Adressenbestand auch Unternehmen, die nicht in die Handwerkszählung einbezogen werden konnten, da am Stichtag 31.03.1995 das Handwerksunternehmen nicht mehr wirtschaftlich tätig war oder seine wirtschaftliche Tätigkeit noch nicht begonnen hatte. Außerdem ruhten Handwerksunternehmen aus Altersgründen. Es wurden auch Doppelfälle festgestellt sowie Anschriften von mehreren Niederlassungen eines Unternehmens.

Etwa 13 Prozent der übergebenen Anschriften entsprachen aus den genannten Gründen nicht den Kriterien der amtlichen Statistik. Somit konnten von den ca. 22 500 bei den Handwerkskammern im Land Brandenburg eingetragenen Handwerksunternehmen für die vorläufigen Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 3 Unternehmen ausgewertet werden.

Etwa 40 Prozent der Handwerker übermittelten termingemäß ihre ausgefüllten Bogen. Nachdem durch Mahnungen nochmals auf die Auskunftspflicht hingewiesen wurde, lagen 75 Prozent der Meldungen im Mai 1995 vor.

Durch weitere nachdrückliche Aufforderungen zur Auskunftserteilung, die bis zur Vollstreckung von Zwangsgeldern führten, waren bis zur Ermittlung des vorläufigen Ergebnisses im Dezember 1995 nahezu alle Meldungen eingegangen.

Die zurückgesandten Erhebungsvordrucke wurden durch Sichtkontrolle auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben geprüft. Außerdem wurden anhand der Beschreibungen des Handwerkers zur wirtschaftlichen Tätigkeit seines Unternehmens die Schlüsselnummern der Wirtschaftszweissystematik WZ 93 vergeben.

Anschließend wurden alle Daten maschinell erfaßt, weitere Prüfungen durchgeführt sowie die erforderlichen Klärungen durch telefonische und schriftliche Rückfragen erzielt. Nach Abschluß der Prüfarbeiten erfolgte die Zusammenfassung aller Angaben zum Landesergebnis.

Aus den vorläufigen Ergebnissen der 16 Bundesländer ermittelte das Statistische Bundesamt Ende 1995 vorläufige Eckdaten der Handwerkszählung auf Bundesebene.

Erste Eckdaten der Handwerkszählung

Am Stichtag der Zählung, dem 31. März 1995, wurden im Land Brandenburg 19 653 Handwerksunternehmen festgestellt.

Im Jahr 1994 waren von diesen Unternehmen 19 069 aktiv.

1. Selbständige Handwerksunternehmen, Beschäftigte und Umsatz nach Gewerbegruppen in Brandenburg

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Gewerbegruppe	Handwerksunternehmen ²⁾		Beschäftigte am 30.9.1994		Umsatz ³⁾ 1994			
				insgesamt		je Unternehmen	insgesamt		je Beschäftigten
		1000	Anteil in %	1000	Anteil in %	Anzahl	Mill. DM	Anteil in %	1000 DM
	Insgesamt	18,7	100,0	208,3	100,0	11	24 943,7	100,0	119,7
	davon								
I	Bau- u. Ausbaugewerbe	4,6	24,6	79,0	37,8	17	8 925,5	35,7	113,2
II	Elektro- u. Metallgewerbe	8,5	45,1	79,0	37,7	9	12 632,7	50,5	160,5
III	Holzgewerbe	1,3	7,2	8,7	4,2	6	966,3	3,9	110,2
IV	Bekleidungs-, Textil- u. Ledergewerbe	0,8	4,1	2,3	1,1	3	185,8	0,7	80,1
V	Nahrungsmittelgewerbe	1,1	6,1	11,8	5,7	10	971,1	3,9	82,3
VI	Gewb. f. Gesund.- u. Körperpflege, chem. u. Reinigungsgewerbe	1,8	9,4	25,2	12,1	14	990,3	4,0	39,2
VII	Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Gewerbe	0,6	3,5	2,9	1,4	4	312,6	1,3	107,3

¹⁾ Verzeichnis der Gewerbe gem. Anlage A der Handwerksordnung

²⁾ Am 31.03.1995 mit Beschäftigten am 30.09.1994

³⁾ Ohne Umsatzsteuer

2. Handwerksunternehmen und deren Beschäftigte nach Gebieten

– Vorläufige Angaben –

Gebiet	Handwerksunternehmen ¹⁾		Beschäftigte am 30.09.1994		
			insgesamt		je Unternehmen
	1000	Anteil in %	1000	Anteil in %	Anzahl
Deutschland	563,5	100	6.151,0	100	11
davon:					
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	445,5	79	4.758,4	77	11
Neue Länder und Berlin	117,9	21	1.392,6	23	12
darunter:					
Brandenburg	18,7	3	209,1	3	11

¹⁾ Am 31.03.1995 mit Beschäftigten am 30.09.1994

Die 18751 selbständigen Handwerksunternehmen und 318 handwerklichen Nebenbetriebe, die am 30. September 1994 Beschäftigte hatten, erzielten im Geschäftsjahr 1994 Umsätze in Höhe von rund 25,2 Milliarden DM.

Drei Viertel der Beschäftigten des brandenburgischen Handwerks sind bei den selbständigen Handwerkern in den beiden Gewerbegruppen Bau- und Ausbaugewerbe (37,8 Prozent) sowie Elektro- und Metallgewerbe (37,7 Prozent) tätig.

In diesen Gewerbegruppen sind u.a. die typischen Handwerksberufe (Gewerbebezüge) wie Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Straßenbauer, Fliesenleger, Maler (Bau- und Ausbaugewerbe) aber auch Metallbauer, Elektroinstallateure, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer und Kraftfahrzeugmechaniker (Elektro- und Metallgewerbe) vertreten.

Die Handwerksunternehmen dieser beiden Gewerbegruppen erbrachten

1994 einen Anteil von 86,2 Prozent des Jahresumsatzes.

Von den fünf weiteren Gewerbegruppen hat das Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie der Chemischen und Reinigungsgewerbe, vertreten durch Berufe wie Augenoptiker, Zahntechniker, Friseur und Gebäudereiniger, den nächsthöchsten Anteil der Beschäftigten (12,1 Prozent), die jedoch nur 4,0 Prozent des Umsatzes erzielten.

Die vorläufigen Zählergebnisse zeigen, daß das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (z.B. Damenschneider, Herrenschneider, Weber, Kürschner, Schuhmacher) mit knapp 800 Unternehmen den geringsten Umsatzanteil (0,7 Prozent) erwirtschaftete.

Mit der Handwerkszählung liegen erstmals verlässliche Strukturdaten für das Land Brandenburg sowie vergleichbare Ergebnisse für die 16 Bundesländer vor.

Deutlich wird dabei, daß sich die Unternehmensgröße sowohl im Ost-

Handwerk als auch im West-Handwerk nicht wesentlich unterscheidet. Die durchschnittliche Unternehmensgröße bei selbständigen Handwerkern beträgt elf Beschäftigte im Land Brandenburg, dies liegt etwas niedriger als im Durchschnitt der neuen Bundesländer (zwölf Beschäftigte je Unternehmen) und entspricht dem ermittelten Durchschnitt der alten Bundesländer.

Unterschiede zwischen dem Handwerk in Ost und West sind deutlich bei dem erzielten Umsatz je Beschäftigten zu erkennen:

Wurde in Brandenburg je Beschäftigten ein Umsatz von 119700 DM erwirtschaftet (neue Bundesländer zwischen 105400 bis 121000 DM je Beschäftigten), so beträgt dieser Wert in den alten Bundesländern nach vorläufigen Angaben zwischen 124000 bis 141700 DM je Beschäftigten.

Als Bundesdurchschnitt wurde ein Umsatz von 131600 DM je Beschäftigten ermittelt.

Ausblick

Die endgültigen Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 werden als tiefgegliederte Struktur- und Regionaldaten, bis hin zu Gemeindeergebnissen veröffentlicht.

Zur Sicherstellung der statistischen Datenschutzbestimmungen sind allerdings noch umfangreiche Geheimhaltungsprüfungen erforderlich. Die Veröffentlichung detaillierter Ergebnisse zur Handwerkszählung 1995 wird voraussichtlich ab Mitte 1996 erfolgen.

Andrea Orschinack



Jährlich 5 000 Landesbedienstete am Computer geschult

Die informationstechnische Aus- und Fortbildung des Landes Brandenburg

Speziell für die informationstechnische Fortbildung der Landesbediensteten und zur Unterstützung der Informationstechnik Komponenten bei der Ausbildung von Landesbediensteten wurde die IT Aus- und Fortbildung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg geschaffen.

Das IT **Schulungszentrum** befindet sich seit März 1994 in einem Bürogebäude in Teltow, in der Rheinstraße 10a. Die technischen Bedingungen sind so gestaltet, daß hochwertige

und individuelle Fortbildungskurse stattfinden können. Im Schulungszentrum Teltow stehen insgesamt elf Schulungsräume zur Verfügung, von denen zur Zeit acht mit moderner Computer- und Präsentationstechnik ausgestattet sind. Jeder der acht Teilnehmer eines Kurses arbeitet an „seinem“ Computer. Die Schulungsräume sind in sich und das gesamte Schulungszentrum ist intern und via „Landesverwaltungsnetz Brandenburg“ extern vernetzt. Als Hardwareplattformen stehen PC-, Unix- und

Mehrplatz-Systeme sowie der IBM-PC des LDS BB zur Verfügung.

Im Schulungszentrum ist ein junges und engagiertes Team von elf qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der gesamten logistischen, technischen, inhaltlichen und organisatorischen Abwicklung von insgesamt rund 600 Kursen mit ca. 5 000 Teilnehmern pro Jahr beschäftigt. Seit der Gründung im September 1991 konnten ca. 16 000 Teilnehmer, darunter 65 Prozent Frauen, begrüßt werden. Die Kurse dauern

durchschnittlich drei bis vier Tage und werden von gut ausgebildeten und erfahrenen Dozenten abgehalten, die teils von anderen Bildungsträgern kommen bzw. freiberuflich tätig sind. Das Schulungszentrum versteht sich als Dienstleistungseinrichtung zur Durchführung von qualitativ hochwertigen Computerkursen und in begrenztem Umfang als Informations- und Supporteinrichtung für die Landesbediensteten, d.h. sollte es offene Fragen über die einzelnen Kursinhalte hinaus geben (alltägliche Computersorgen), kann man sich im Kursverlauf an die Dozenten und Mitarbeiter vor Ort wenden, diese werden im Rahmen ihrer Mög-

Fortbildungsrichtlinien

Die IT Aus- und Fortbildung des LDS Brandenburg hält sich an zwei wesentliche **Prämissen**:

1. Die Kursinhalte entsprechen den **IT Standards und Empfehlungen** des Interministeriellen Ausschusses für Informationstechnik (IMA IT). Sie dienen neben der eigentlichen Fortbildung der Landesbediensteten der Verbreitung der Soft- und Hardwarevorgaben und damit der Erhöhung der Einheitlichkeit und Kompatibilität der Informationstechnik in der Landesverwaltung. Die **IT Standards und Empfehlungen** sind im **IT Handbuch des Landes Brandenburg** veröffentlicht und können beim Dezernat Öffentlichkeitsarbeit des LDS bezogen werden. Sie werden in einer interministeriellen Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem LDS und der IT Aus- und Fortbildung ständig aktualisiert.

2. Die Fortbildung lehnt sich mit ihren Inhalten und Zielen eng an die **Rahmenrichtlinien für die Aus- und Fortbildung im Bereich Informationstechnik (IT) in der öffentlichen Verwaltung** des Kooperationsausschusses ADV Bund / Länder / Kommunalbereich – IT-Aus- und Fortbildungsrichtlinien – vom Bundesminister des Innern von 1990 (KoopA-ADV) an. Die Inhalte und Ziele dieser bundesweit vereinheitlichten Fortbildungsrichtlinien stellen wichtige Grundlagen für die Qualifizierung bzw. Laufbahnentwicklung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dar.



Blick in einen Schulungsraum.

lichkeiten helfen oder an kompetente Partner im LDS weitervermitteln. Kommunalen Bediensteten steht das Schulungszentrum nur im Rahmen freier Kapazitäten, insbesondere bei eintägigen strategisch wichtigen Informationsveranstaltungen, gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung. Bei Standardsoftwareprodukten, wie z.B. Word Perfect und Excel können derzeit jedoch nicht einmal alle Landesbediensteten nach ihrem Bedarf geschult werden, so daß die Chance auf freie Plätze äußerst gering ist.

Neben dem Hauptgebäude in Teltow gibt es **Außenstellen** mit je einem Schulungsraum in Frankfurt (Oder), Cottbus und Eichwalde. Darüber hinaus führt die IT Aus- und Fortbildung in Absprache mit den IT- bzw. Personalverantwortlichen der Landeseinrichtungen auch **inhouse-Seminare** vor Ort durch.

Das Fortbildungsspektrum umfaßt derzeit 82 verschiedene Kursinhalte, von Grundlagen der Standardsoftware bis hin zu „high level“ Anwendungen, wie Informix 4GL.

Den allgemeinen Einstieg in das Programm bietet der Lehrgang „Einführung in die Anwendungen der Informationstechnik“. Darauf bauen alle nachfolgenden Kurse auf. Es ist für Teilnehmer wie Dozenten gleichermaßen wichtig, daß die Kurse in der vom KoopA-ADV vorgegebenen Reihenfolge besucht werden, um einem vorgegebenem Arbeitsplatzprofil (z.B. Schreibdienst) zu entsprechen.

Die Lehrgänge werden jeweils für ein halbes Jahr in Form eines **IT Fortbildungsprogrammes** geplant, welches landesweit verbreitet wird. Es kann auch direkt beim Schulungszentrum eingesehen bzw. angefordert werden. Die Mitarbeiter der IT Aus- und Fortbildung sind dabei gern behilflich und können bei Bedarf Interessenten in den Verteiler aufnehmen.

Zukünftig werden das IT Fortbildungsprogramm, die Kurstermine, ggf. der Anmeldestand und andere Informationen im Landesverwaltungsnetz „Brandenburg intern“ unter „http://www/bb_int/l_service/schulung/“ jedem Landesbediensteten zur Verfügung stehen. Der Nutzer kann sich dann vor Lehrgangsbeginn z.B. über die Feinplanung der Kurse informieren oder nach abgeschlossenem Kurs mit Fragen an „seinen“ Dozenten per e-Mail in Kontakt bleiben. Weitere Möglichkeiten, die heute noch visionär sind, könnten Telelearning- bzw. Kiosk-Systeme sein. Hier könnte sich der Landesbedienstete, so er vernetzt ist, „seinen“ Kurs auf „seinen“ Arbeitsplatzcomputer ordern, egal wo sich dieser befindet. Er kann dann zu beliebiger Zeit ihn interessierende Kurse bzw. Kursmodule in seiner Arbeitsumgebung „besuchen“. Das gegenwärtig aktuelle Fortbildungsprogramm für das 2. Halbjahr 1996 wurde gerade auf dem Gebiet „Landesverwaltungsnetz“ erheblich verändert und erweitert.

Dirk Schröter

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg als Aussteller auf dem 50. Deutschen Geographentag

„Grönland.“ — „Richtig!“

Vom 2. bis 4. Oktober 1995 beteiligte sich das LDS BB als Aussteller am 50. Deutschen Geographentag. Frau Lück und Frau Hergert vom Dezernat Öffentlichkeitsarbeit trafen an ihrem kleinen Stand, an dem sowohl Veröffentlichungen als auch ein Diskettenpaket präsentiert wurden, auf ein fachkundiges und interessiertes Publikum.



„Wie heißt die größte Insel der Erde? Sie als Geograph müssen das doch wissen!“ Der Geograph weiß es: „Grönland“. „Richtig!“

Auch solche Fragen — entnommen dem Kartenspiel eines ausstellenden Verlages — wurden am Rande des 50. Deutschen Geographentages Anfang Oktober 1995 in der Potsdamer Uni erörtert.

Sonst muteten die Themen der Fachsitzungen des Kongresses eher hochwissenschaftlich an und reichten von „Transformation und Bevölkerungsprozesse in Deutschland“ über „Objektorientierte Geographische Informationssysteme“ bis hin zu „Handlungsorientierte Ansätze in der Raumplanung: Sozialverträgli-

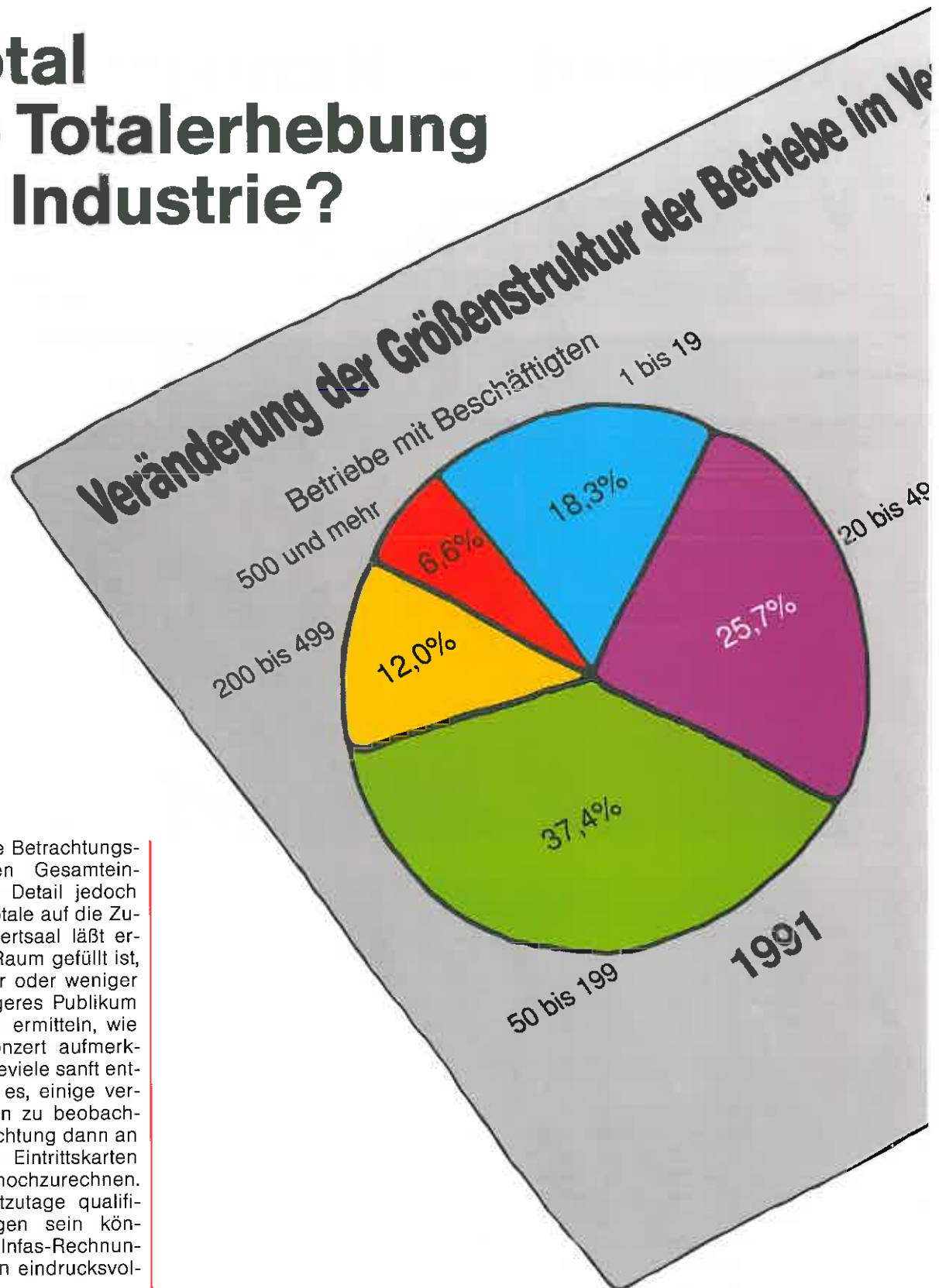
che Entwicklung durch diskursive Strategien?“. Doch die Stimmung war locker und gelöst — sicher auch wegen des umfangreichen Angebots an Exkursionen in die nähere Umgebung. Insgesamt 1650 Geographinnen und Geographen, vorrangig aus dem deutschsprachigen Raum, trafen sich unter dem Motto: „Aufbruch im Osten umweltverträglich — sozialverträglich — wettbewerbsfähig“ in den Gebäuden der wunderschön im Babelsberger Park gelegenen Universität Potsdam. 60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses, die die Zeit zwischen ihren Fachsitzungen nutzten und die Ausstellungsräume besuchten, kamen von Hochschulen bzw. deren In-

stituten für Geographie. Die restlichen 40 Prozent stellte die Lehrerschaft. Für uns als Aussteller bot sich so die Möglichkeit, sich einer großen Zielgruppe zu stellen und unser Datenangebot näher zu bringen. Deshalb hatten wir das Angebot der Universität Potsdam, uns mit einem kleinen Infostand am Geographentag zu beteiligen und Material für die Tagungsmappe zu liefern, gerne angenommen. Unsere Erwartungen wurden erfüllt, wir konnten uns über mangelndes Interesse, wie von manch anderem der 46 Aussteller geäußert, nicht beklagen. Frau Lück war fast ständig mit der Präsentation des Diskettenpaketes „Statistik regional“, das mehr als 1000 Merkmale aus verschiedenen Sachgebieten der amtlichen Statistik auf Kreisebene enthält, beschäftigt. Wir konnten einige Demodisketten „Statistik regional“ absetzen, von manchem wurden aber auch Aufbau und Schrift als altmodisch belächelt. Ebenfalls wurde die Aktualität der dort angebotenen Daten kritisiert und daß keine automatische Lieferung von Updates erfolgt. Mehrmals wurde nach Veröffentlichungen auf CD-ROM gefragt, was negativ beantwortet werden mußte. Informationsmaterial war dauernd nachzufüllen, bei kostenpflichtigen Publikationen waren die Besucherinnen und Besucher etwas zurückhaltender. Gekauft wurden vor allem Statistische Berichte mit Bevölkerungsangaben und Daten zum Fremdenverkehr. Dr. Reinhard Hoffmann, Vorsitzender des Verbandes der Schulgeographen und einer der Veranstalter, zog insgesamt eine positive Bilanz. Allerdings ein kleiner Wermutstropfen für ihn: „Es kamen nur wenige Potsdamer Lehrer.“ Und das, obwohl der Termin in die Ferien gelegt worden war. Oder gerade deshalb?

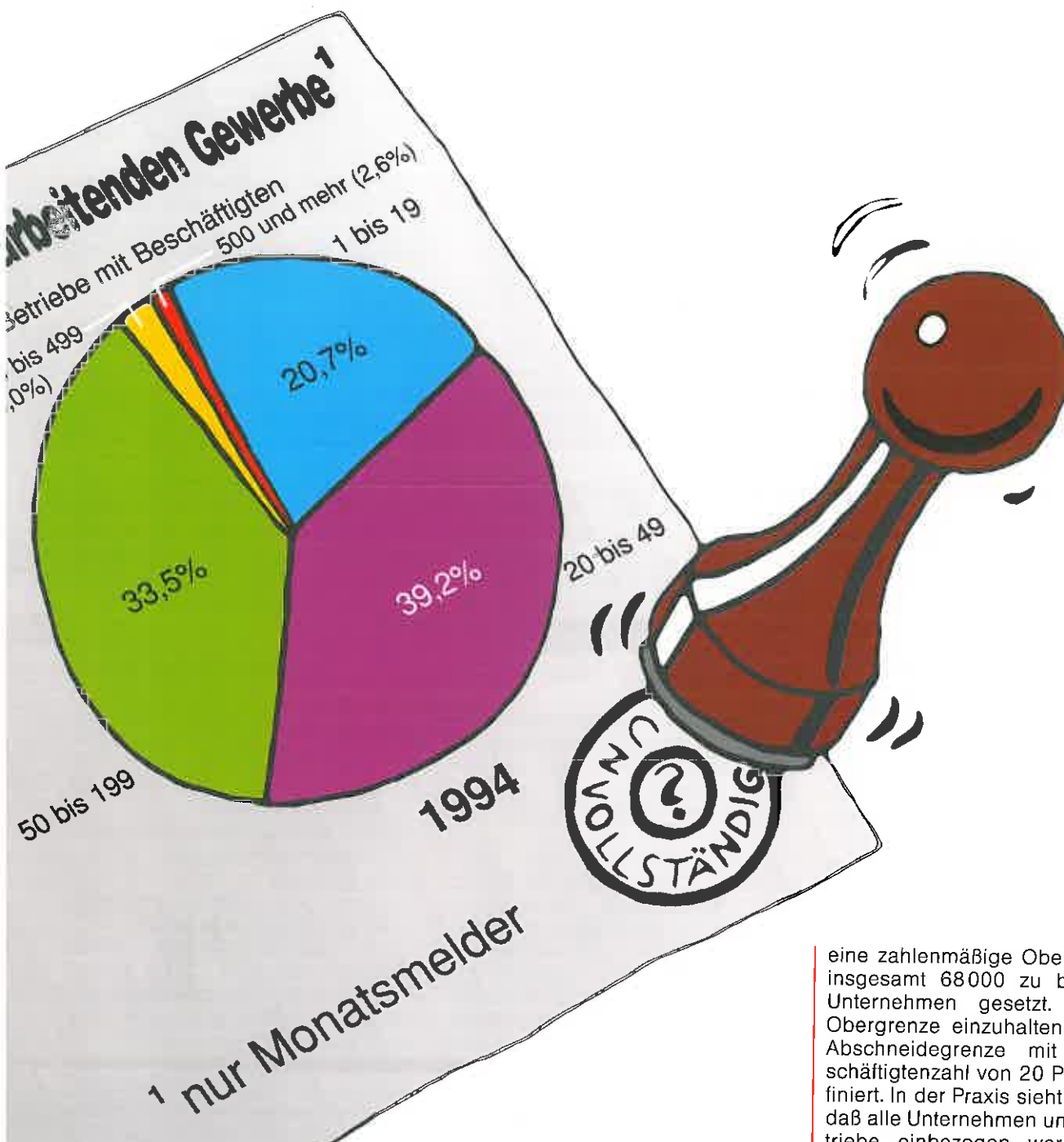
Ina Hergert

Ein Vorschlag zur Vereinheitlichung, Vereinfachung, Verbesserung der Transparenz und Erhöhung der Aussagekraft von Statistiken

Wie total ist die Totalerhebung in der Industrie?



Die Totale ist eine Betrachtungsweise, die den Gesamteindruck vermittelt, das Detail jedoch vernachlässigt. Die Totale auf die Zuhörer in einem Konzertsaal läßt erkennen, wie gut der Raum gefüllt ist, und ob es sich mehr oder weniger um älteres oder jüngeres Publikum handelt. Um aber zu ermitteln, wie viele Gäste dem Konzert aufmerksam lauschen und wieviele sanft entschlummern, genügt es, einige verteilte Zuschauerreihen zu beobachten und diese Beobachtung dann an Hand der verkauften Eintrittskarten auf die Gesamtheit hochzurechnen. Wie zuverlässig heutzutage qualifizierte Hochrechnungen sein können, beweisen die Infas-Rechnungen zu den Wahlen in eindrucksvoller Weise.



Was ist die Totalerhebung in der Industrie? Gibt es sie überhaupt?

Den Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe könnte man als Totalerhebung mit Abschneidegrenze bezeichnen.

D. h. alle Unternehmen und deren Betriebe werden in Abhängigkeit von ihrer Größe und dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in die Befragung einbezogen.

Der Gesetzgeber hat für die kurzfristigen statistischen Erhebungen (Monatsberichte) für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

eine zahlenmäßige Obergrenze von insgesamt 68000 zu befragenden Unternehmen gesetzt. Um diese Obergrenze einzuhalten, wurde die Abschneidegrenze mit einer Beschäftigtenzahl von 20 Personen definiert. In der Praxis sieht das so aus, daß alle Unternehmen und deren Betriebe einbezogen werden, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe liegt und die unternehmensbezogen mehr als 20 Beschäftigte haben (Stichtag ist jeweils Ende September). Außerdem sind noch die Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten einbezogen, die zu Unternehmen anderer Wirtschaftszweige gehören, selbst aber schwerpunktmäßig Tätigkeiten ausüben, die dem Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen sind.

Bereits hier muß die Vollständigkeit des Berichtskreises erstmals angezweifelt werden, denn da die Unternehmen der anderen Wirtschafts-

Diese Erkenntnis wendet auch die amtliche Statistik an, für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche allerdings mit unterschiedlicher Konsequenz. Insbesondere im Bereich der Industriestatistik glaubt man, ohne Totalerhebungen die wirtschaftlichen Geschehnisse eines Landes nicht ausreichend lenken zu können.

zweige keiner so tiefgründigen und gründlichen statistischen Befragung unterzogen werden, wie gerade das Verarbeitende Gewerbe, dürften hier doch einige „Lücken“ bestehen.

Der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ist in erster Linie auf die Beobachtung des Konjunkturverlaufs gerichtet. Dabei ist das monatliche „Auf und Ab“ innerhalb eines möglichst konstanten Berichtskreises wichtiger als die Gewinnung von Strukturdaten.

Es ist also verständlich, daß immer wieder eine interessierte Nachfrage nach den jährlichen Ergebnissen einer Totalerhebung besteht. Im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe gibt es diese Totalerhebung für die Industrie aber nicht.

Jährlich im September werden alle industriellen Kleinbetriebe, die unter der Abschneidegrenze des Monatsberichts liegen, nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (zur Bestimmung des Wirtschaftszweiges), nach den Beschäftigten am Ende des Berichtsmonats, nach dem Monatsumsatz September und dem Vorjahresumsatz befragt. Die so gewonnenen Ergebnisse werden mit den vergleichbaren Septemberdaten aus dem Monatsbericht zusammengefaßt. Auch in diese Befragung werden Betriebe von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige mit einbezogen, so daß hinsichtlich der Vollständigkeit des Berichtskreises die gleichen Bedenken wie beim Monatsberichtskreis geltend gemacht werden müssen.

Nicht wenige Informationsempfänger, insbesondere die, die nur mal kurz einen Gesamtüberblick über den Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe suchen, ohne sich stundenlang mit Methodik und Spezifika der Statistik auseinanderzusetzen, sind der irrigen Annahme, daß das nun die Ergebnisse der Totalerhebung sind.

Worauf ist das aber nun wirklich die Totale?

In Wirklichkeit ist das die Gesamtheit aller Betriebe des Wirtschaftsbereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ohne Handwerksrolleneintrag.

Mit der Reform der Statistiken Mitte der siebziger Jahre ist es zwar gelungen, die größeren Unternehmen, deren Inhaber oder Geschäftsführer in der Handwerksrolle eingetragen

sind, in den Monatsbericht Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe einzu beziehen, nicht aber die Handwerksfirmen unterhalb der Abschneidegrenze in die jährliche Kleinbetriebserhebung.

Für die Handwerksunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gilt eine andere gesetzliche Grundlage, nach der Handwerker im Rahmen einer Stichprobenerhebung in eine vierteljährliche Befragung einbezogen werden. Um diesen „Stilbruch“ bei der Einbeziehung des Handwerks auszugleichen, werden beim Zusammenführen der Monatsberichtsdaten mit den Daten der Kleinbetriebserhebung die Daten der Handwerksunternehmen aus dem Monatsbericht herausgenommen.

Die jetzige Totalerhebung ist also nur eine partielle Totale des Bergbau und Verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerk. Eine relativ vollständige Gesamtaussage über die Betriebe und Unternehmen des Bergbau und Verarbeitenden Gewerbes wird erst mit Vorlage der Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 möglich sein.

Gerade aber das produzierende Handwerk hat in Brandenburg, so wie in den anderen neuen Bundesländern auch, ein nicht zu unterschätzendes wirtschaftliches Gewicht.

Die Nachwirkungen der DDR-Rechtsordnung, wonach im Prinzip jeder selbständige Gewerbetreibende in der Handwerksrolle eingetragen sein mußte und die Beschäftigtenobergrenze für Handwerksbetriebe in der DDR bei 10 Personen lag, führten dazu, daß in der Kleinbetriebserhebung anfänglich nur sehr wenige industrielle Kleinbetriebe erfaßt werden konnten. Bei der erstmaligen Durchführung der Erhebung im Jahr 1991 wurden vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg ca. 3000 vermutliche Kleinbetriebe angeschrieben. Davon blieben 239 „echte industrielle Kleinbetriebe“ übrig, deren Ergebnisse kaum ins Gewicht fielen.

Bis 1994 ist die Zahl der Kleinbetriebe auf 490 angewachsen. Der Zuwachs ist vorrangig auf Neugründungen zurückzuführen, da ein Austritt aus der Handwerksrolle kaum vorkommt.

Trotz der zahlreichen Neugründungen ist, im Gegensatz zu den alten Bundesländern, noch ein gegensätzliches Verhältnis der Kleinbetriebe zu den Monatsmeldern vorhanden.

Standen z.B. 1993 im alten Bundesgebiet 51213 industrielle Kleinbetriebe 45603 Monatsmeldern gegenüber, so betrug das Verhältnis in den neuen Bundesländern 3875 Kleinbetriebe zu 6459 Monatsmeldern. (Zahlen für Brandenburg 466:884)

Die Angaben der Kleinbetriebe hinsichtlich Beschäftigten und Umsatz ergänzen die Werte des Monatsberichts um etwa 5 Prozent – also eine fast zu vernachlässigende Größenordnung.

Gegenwärtig werden die Ergebnisse hauptsächlich wegen der detaillierten Angaben zur Größenstruktur der Betriebe nach Branchen und Regionen nachgefragt. Für Brandenburg ergibt sich beim Vergleich der Jahre 1991 bis 1994 eine deutliche Entwicklung hinsichtlich der Auflösung der ehemaligen Großbetriebe hin zum industriellen Mittelstand. Diese Entwicklung hätte jedoch auch ohne Kleinbetriebserhebung nur an Hand der Monatsberichtsdaten aufgezeigt werden können.

Auch wenn sich der mit der jährlichen Kleinbetriebserhebung verbundene Aufwand sowohl im statistischen Landesamt als auch bei den Auskunftspflichtigen in engen Grenzen hält, sollte doch ernsthaft über die Notwendigkeit dieser Erhebung nachgedacht werden.

Vor dem Hintergrund der angestrebten Vereinheitlichung der statistischen Systeme in der EU, ist eine Neufassung der nationalen Statistikgesetzgebung unumgänglich.

Das entsprechend einer EU Verordnung nunmehr auch in Deutschland aufzubauende Unternehmensregister wird zum Ende des Jahres 1996 durch die Ergänzung der Kartei im Produzierenden Gewerbe mit den im Rahmen der Handwerkszählung ermittelten Unternehmen den Gesamtbestand aller Firmen für den Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe beinhalten. Das Unternehmensregister soll ständig aktualisiert und schrittweise auch um Einheiten anderer Wirtschaftsbereiche ergänzt werden. Neben Beschäftigtenzahlen soll es auch Angaben zur jeweiligen Umsatzgröße der Unternehmen und Betriebe beinhalten.

Folgende Verfahrensweise wäre also denkbar:

1. Der Monatsbericht sollte zum Zweck der Konjunkturbeobachtung für Firmen oberhalb der beschriebenen Abschneidegrenze wie bisher weitergeführt werden.

2. Für die kleineren Firmen sollte ungeachtet der „Schranke Handwerkseigenschaft“ eine sinnvoll geschichtete und repräsentative Stichprobe gezogen werden und eine mit einfachem Frageprogramm und viertel- oder halbjährlicher Periodizität ablaufende Erhebung durchgeführt werden.
3. Die Ergebnisse der Stichprobe werden auf der Grundlage des aktuellen Hochrechnungsrahmens, den das Unternehmensregister liefert, hochgeschätzt und mit den

Erhebungsmerkmalen des Monatsberichtsgebietes zusammengefaßt.

4. Für die partielle Aussage über die Entwicklung der Handwerksbetriebe werden durch die im Register vorhandene Kennzeichnung jeder Einheit aus den Gesamtergebnissen „Darunter-Werte“ ermittelt.

Auf diese Art und Weise könnten sicher exaktere Angaben für die Totale des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe bereit-

gestellt werden, als durch das derzeitige Sammelsurium von Erhebungen. Erhebungsaufwand und Rechnerprogramme ließen sich reduzieren. Außerdem wäre auch eine nutzerfreundlichere Präsentation der Ergebnisse ohne langwierige methodische Vorwörter und Fußnoten realisierbar.

Alles in allem – ein Vorschlag zur Vereinheitlichung, Vereinfachung, Verbesserung der Transparenz und Erhöhung der Aussagekraft von Statistiken.

Claudia Kathke

Nicht nur Journalisten nutzen den tragbaren PC

Mit dem Laptop zur Haushaltsbefragung

Im vergangenen Jahr wurden im Land Brandenburg die Befragungen der Haushalte zum **Mikrozensus** (siehe nebenstehenden Kasten) erstmals unter Einbeziehung von Laptops, so werden die kleinen, tragbaren Personalcomputer genannt, durchgeführt. Dabei wurden zehn der insgesamt 198 Interviewer, die im Land unterwegs waren, mit der neuen Technik ausgerüstet. Diese zehn sollten die Antworten der Haushalte nicht wie bisher in Fragebogen einschreiben, sondern die Angaben in den Computer eingeben.

Von dem Laptop-Einsatz versprochen sich die Statistiker vor allem:

- Eine Verkürzung des Interviews durch optimierte Filtertechniken, d.h. die für die jeweilige Person nicht zutreffenden Fragen fallen automatisch weg.
- Eine qualitative Verbesserung der Daten durch sofortige Plausibilitätskontrollen während der Befragung. Hierbei war klar, daß in Fällen einer Anzeige von Nichtplausibilität von den Interviewern besonderes Geschick abverlangt

werden würde, um nicht den Eindruck zu erwecken, den Befragten der Falschaussage überführen zu wollen.

- Technische Aussagen hinsichtlich der Eignung der eingesetzten Soft- und Hardware sowie zur Datenübertragung vom Laptop auf den PC und den Großrechner.
- Den Nachweis der Gewährung des Datenschutzes und der Datensicherheit bei dieser Erhebungsform mit Hilfe entsprechender Sicherheitssoftware und Technik.
- Antworten darauf, ob die Verlagerung von Prüfungen wie Signier- und Plausibilitätskontrollen in das Interview und die Reduzierung von Schnittstellen zu zeitlichen Einsparungen im Vergleich zur herkömmlichen Erhebungs- und Aufbereitungsmethode führen können.

Im Vorfeld des Einsatzes war nicht abzuschätzen, wie hoch die Akzeptanz dieser Erhebungsform in den zu befragenden Haushalten sein würde. Die Interviewer waren jedoch 1994 gebeten worden, im Verlauf der noch klassischen Interviews einen eventuellen Laptop-Einsatz 1995 zu recherchieren. Dabei wurde von den Haushalten überwiegend positiv auf



dieses Angebot reagiert. Ablehnungen bzw. Skepsis resultieren vor allem aus der Unkenntnis des neuen Verfahrens.

Insgesamt wurden dann in den Monaten Mai bis Juli des vergangenen Jahres 824 der insgesamt 11000 für die Befragung ausgewählten Haushalte bzw. Wohnungen von Interviewern mit dem Laptop in der Hand aufgesucht. Davon standen 61 Wohnungen leer oder wurden gewerblich genutzt. 32 Haushalte verweigerten das Interview oder wurden nicht angetroffen. 18 Haushalte nahmen ihr Recht auf Selbstausfüllung des Fragebogens wahr.

Von den 763 wirklich vorhandenen Haushalten waren also 713, das sind 93,4 Prozent, zum sofortigen Interview bereit. Im Durchschnitt der gesamten Befragung lag der Interviewerfolg (ohne schriftliche Befragung) nur bei 89,4 Prozent.

Die höhere Erfolgsrate der Interviewer mit Laptops spricht dafür, daß bei den Haushalten eine hohe Akzeptanz dieser Befragungsmethode vorlag. Tatsächlich gab es keine einzige Verweigerung des Interviews auf Grund der Anwendung von Laptops. Ablehnungen resultierten ausschließlich aus einer Nichtakzeptanz der Befragung an sich. Im Gegenteil, durch den Wegfall einer namentlichen Erfassung und die Verschlüsselung der Daten im Programm konnten sich viele Haushalte von der hohen Datensicherheit überzeugen, so konnte Vertrauen aufgebaut bzw. gefestigt werden.

Die Neuartigkeit des Interviews mittels Laptop und das technische Interesse der Befragten haben – nach Ansicht der Interviewer – sicherlich zur Annahme dieser Erhebungsform beigetragen. Weiterhin waren es vor allem Bürger, die selbst Heimcomputer besitzen, beruflich mit PC-Technik zu tun haben und Jugendliche, die zu einer überaus freundlichen Interviewatmosphäre beitrugen. Auch der Effekt der Einsparung von Erhebungsmaterial wurde positiv aufgenommen.

Die übersichtliche und am Bildschirm nachvollziehbare, weil unverschlüsselte, Eingabe der Erhebungsmerkmale war für die Haushalte nach Einschätzung der Interviewer ein weiterer Grund für die Akzeptanz von Laptops.

Die Interviewer speicherten die Daten auf Disketten und übergaben diese an den für den Mikrozensus zuständigen Fachbereich im Landes-

amt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg. Die Disketten wurden dort über einen PC eingelesen. Dies führte zur Ablösung der herkömmlichen Datenerfassung über die Großrechenanlage in der Landesdatenverarbeitungszentrale.

Die inhaltliche Kontrolle und Korrektur falscher Angaben bei gleichzeitiger Eingabe der Daten und der Signierung der Klartextangaben erfolgte nun im Fachbereich.

Bis 1995 wurde, um die Fehlerquote bei der anschließenden maschinellen Plausibilitätskontrolle einzuschränken, eine zweifache inhaltliche Kontrolle vorgenommen, diese entfällt jetzt. Die eingesparten Zeiten für die Nachkontrolle werden nun bei der Erfassung der Erhebungsdaten über PC verbraucht. Da sowohl logische Fehler sofort erkannt werden als auch eine Überprüfung der Ordnungsmerkmale erfolgt, entsteht ein erheblicher Einspareffekt.

Mit dem Einsatz von Laptops in der Haushaltsbefragung wurde eine neue Form der persönlichen Interviews in der amtlichen Statistik in die Praxis überführt. Der Einsatz hat gezeigt, daß sowohl bei den Haushalten als auch den Interviewern keine Bedenken gegen diese Art der Befragung bestehen.

Durch die Kopplung mit der APC-Aufbereitung konnten qualitative Verbesserungen aufgrund der erheblichen Verminderung der Fehlerrate erzielt und drei Zeitarbeitskräfte (für drei Monate), etwa 1200 Stunden Datenerfassungsleistungen und Erhebungsmaterial eingespart werden. Während einem weiteren Ausbau von PC-Arbeitsplätzen personelle Grenzen gesetzt sind, ist der Laptop-einsatz unter Berücksichtigung finanzieller Möglichkeiten bis auf eine ökonomisch vertretbare Größenordnung hinsichtlich einer effektiven Nutzung erweiterbar.

Durch Reduzierung der Interviewer um mehr als die Hälfte, den Wegfall aufwendiger maschineller Kontrollen und Korrekturläufe, die Ablösung von Papier und die sinkenden Zeiten für Signier- und Plausibilitätsarbeiten im Fachbereich sowie die Freisetzung von Mitarbeitern für andere Aufgaben, sind sowohl materielle als auch finanzielle Einsparungen in Größenordnungen erreichbar. Unter Berücksichtigung erforderlicher finanzieller Ressourcen, einer neuen Form der Organisation der Erhebung und entsprechender Qualifikation der Mitarbeiter könnten sich bereits

Der Mikrozensus ist eine einprozentige Stichprobe, die als amtliche Haushaltsbefragung wichtige Ergebnisse über die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Bevölkerung ermittelt.

Erhoben werden Angaben zur Person, zu Art und Umfang der Beteiligung am Erwerbsleben, Kranken- und Rentenversicherung, zum Beruf, zur Aus- und Weiterbildung, zu den Quellen des Lebensunterhaltes u.a.m. Dabei wird zwischen Fragen mit Auskunftspflicht und Freiwilligkeit unterschieden.

Für die jährlich im Frühjahr stattfindende Erhebung werden Interviewer eingesetzt, die in den Haushalten die Angaben gewöhnlich auf Erhebungsbögen erfassen. Jeder Haushalt, der in die Zufallsauswahl einbezogen ist, muß vor der Befragung umfassend über Inhalt, Zweck und Rechtsgrundlage informiert werden. Es besteht die Alternative einer schriftlichen Beantwortung des Erhebungsprogramms. Vom Interviewer nicht erreichte Haushalte erhalten vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg die Erhebungsunterlagen zur selbständigen Ausfüllung zugesandt. Jeder erfaßte Haushalt wird bis zu viermal in die Erhebung einbezogen und fällt danach aus der Befragung. Ein Viertel der Haushalte (ca. 2700) wird jedes Jahr durch neue ersetzt.

Das Mikrozensusgesetz vom 10. Juni 1995 (BGBl. I S. 955) in Änderung vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837) regelt sowohl Inhalt als auch Art und Methodik zur Durchführung dieser Repräsentativstatistik auf der Grundlage einer Auskunftspflicht für die Mehrzahl der Fragen.

nach etwa fünf Jahren zusätzliche Mehraufwendungen kompensiert haben.

Da ein besonderer Aspekt die Aktualität der Ergebnisse ist, könnte dies für den Mikrozensus die Bereitstellung von Statistiken noch im Erhebungsjahr sein. Sowohl der Laptop-einsatz als auch die Datenverarbeitung über PC sind geeignete und erfolgversprechende Wege dazu.

Peter Kuchta

Erstmals Lohnsteuerzerlegung in Brandenburg

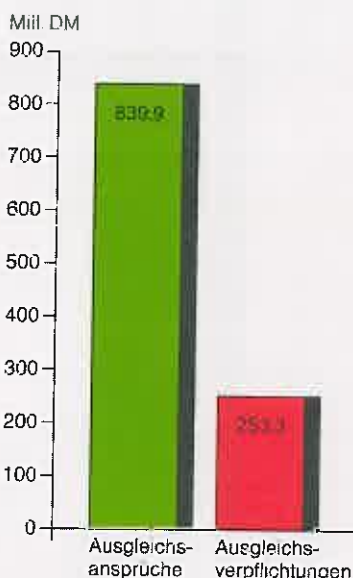
Wieviel bleibt, wieviel fließt ab und wieviel kommt herein?

Für das Jahr 1992 wurde erstmals vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg gemäß dem Zerlegungsgesetz das Lohnsteueraufkommen der Brandenburger Arbeitnehmer ermittelt. Von über 204.100 Arbeitnehmern wurde die Lohnsteuer in Höhe von 840 Millionen DM an Finanzämter anderer Bundesländer abgeführt. Dagegen wurden von Brandenburger Finanzämtern 253 Millionen DM Lohnsteuer von 55.000 nichtbrandenburgischen Arbeitnehmern vereinnahmt. Aus Ansprüchen und Verpflichtungen ergibt sich für unser Land ein positiver Zerlegungssaldo von 587 Millionen DM.

Die Ergebnisse der im dreijährigen Turnus von den Statistischen Landesämtern durchzuführenden Lohn- und Einkommensteuerstatistik¹⁾ sind für die Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik wichtige Entscheidungshilfen. Auf der Basis dieser Informationen können Steuerschätzungen sowie Vorbereitung und Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen vorgenommen werden.

Von den Statistischen Landesämtern werden weiterhin die Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer ermittelt. Im Artikel 106 des Grundgesetzes ist festgelegt, welche Steuern dem Bund, den Ländern und den Kommunen zustehen. Den Statistischen Landesämtern obliegt als weitere wichtige Aufgabe, im ebenfalls dreijährigen Turnus die Zerlegung der Lohnsteuer durchzuführen. Die Lohnsteuer zerlegen bedeutet, daß nach dem Wohnsitzprinzip die von einem Arbeitnehmer gezahlte Lohnsteuer dem Bundesland

Ausgleichsansprüche und -verpflichtungen des Landes Brandenburg



zusteht, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat. Die Lohnsteuer ist deshalb an das betreffende Bundesland abzuführen.

Wohnsitzprinzip

Die Statistischen Landesämter prüfen nach dem Zerlegungsgesetz²⁾ anhand der Lohnsteuerkarte bei jedem Steuerpflichtigen, in welchem

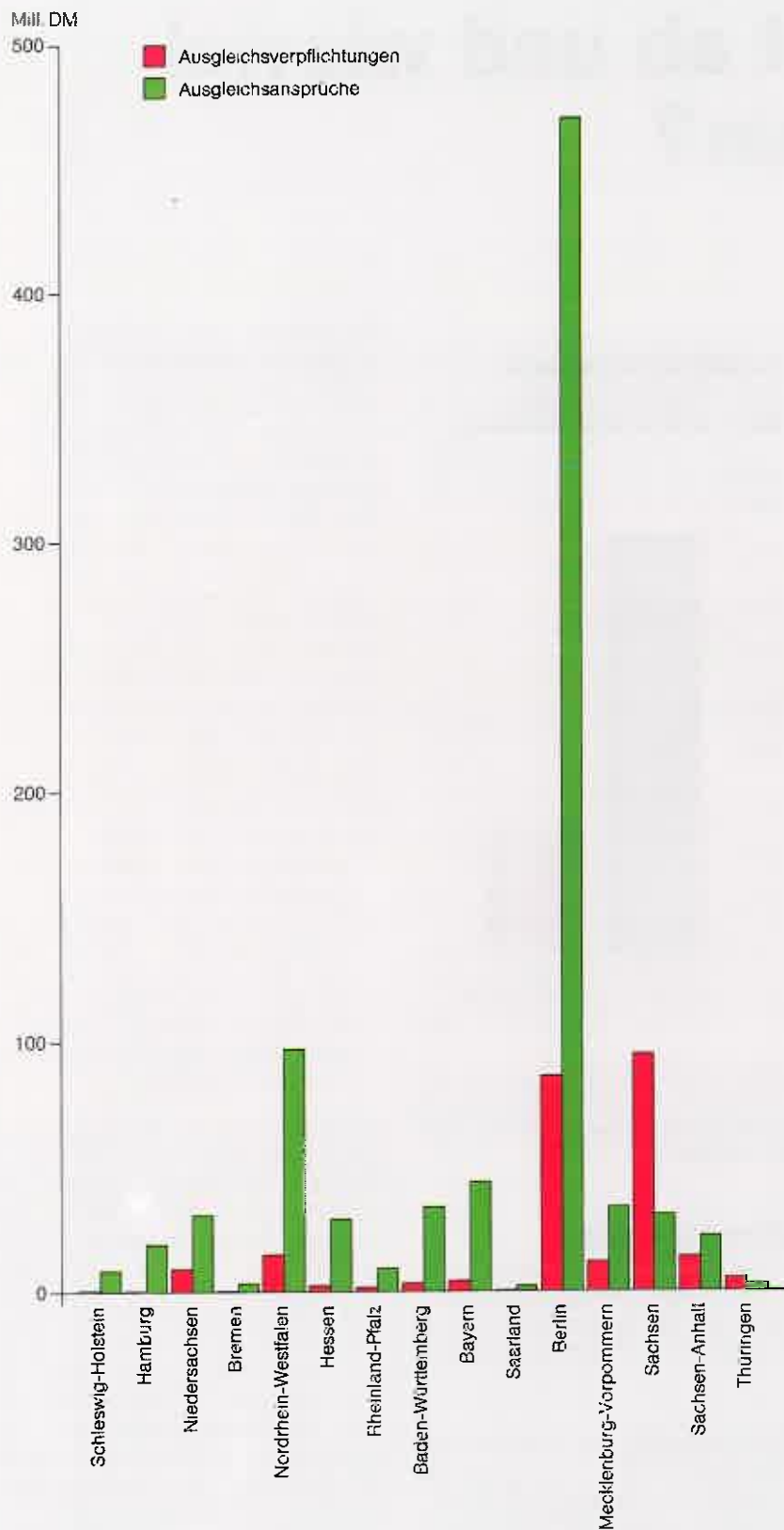
Bundesland der Arbeitgeber die Lohnsteuer abgeführt hat. Nach dem Einkommensteuergesetz ist der Arbeitgeber verpflichtet, für seine Arbeitnehmer die Lohnsteuerbeträge an das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt, auch als Betriebsstätten-Finanzamt bezeichnet, abzuführen. Wurde die Lohnsteuer von einem anderen als dem Wohnsitzland vereinnahmt, fordert das Wohnsitzland basierend auf den Feststellungen des Statistischen Landesamtes den ermittelten Lohnsteuerbetrag vom Einnahmeland zurück. Der Wohnsitz des lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmers und das Betriebsstätten-Finanzamt können aus mehreren Gründen in verschiedenen Bundesländern liegen:

- Landesgrenzen überschreitende Berufspendlerwanderungen,
- Unternehmen mit mehreren Betriebsstandorten konzentrieren das Rechnungswesen an einen Standort. Die Lohnsteuer wird an das für die zentrale Lohnabrechnung zuständige Betriebsstätten-Finanzamt abgeführt.

Die Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung 1992 bilden auch die Grundlage für die Zerlegung der Lohnsteuer in den Jahren 1995 bis 1997. Von den Finanzministerien der Einnahmeländer werden Zerlegungsquoten gebildet, die im angeführten Zeitraum für diesen Teil des Finanzausgleichssystems Anwendung finden. Die Zerlegungsquote entspricht dem relativen Verhältnis zwischen den Zerlegungsansprüchen und dem Lohnsteueraufkommen der Länder. Veränderungen beim Lohnsteueraufkommen werden somit für den obengenannten Geltungszeitraum berücksichtigt.

¹⁾ Steuerstatistikgesetz vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250, 1409)

²⁾ In der Fassung vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145), zuletzt geändert durch den Einigungsvertrag vom 31. August in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885 und S. 976)

Ausgleichsansprüche und -verpflichtungen Brandenburgs gegenüber den anderen Bundesländern

Höchste Ausgleichsansprüche an Berlin

Von über 20 Prozent der brandenburgischen Arbeitnehmer wurde im Jahr 1992 die Lohnsteuer in anderen Bundesländern abgeführt. Damit war jede fünfte Lohnsteuerkarte ein Zerlegungsfall. Die Übersicht 1 zeigt, daß in 204.097 Fällen die Lohnsteuer von Brandenburgern Arbeitnehmern mit einem Lohnsteuerbetrag von 839,9 Millionen DM von Finanzämtern anderer Bundesländer vereinnahmt wurden.

Der Hauptanteil des Zerlegungsvolumens entfällt auf Berlin. Berufspendler aus dem angrenzenden Umland bewirken die hohen Ausgleichsansprüche des Landes Brandenburg an Berlin. Vom Land Berlin wurden in 113.799 Fällen die Lohnsteuer von Brandenburgern Arbeitnehmern vereinnahmt, das entspricht einem Betrag von 470,3 Millionen DM.

Unter den anderen Bundesländern dominiert Nordrhein-Westfalen mit 22.342 Zerlegungsfällen und einem Lohnsteuerbetrag von 97,3 Millionen DM.

Die durchschnittliche Lohnsteuer je Zerlegungsfall belief sich für das Land Brandenburg auf 4.115 DM. Hessen liegt mit 5.469 DM an der Spitze, gefolgt von Hamburg mit 5.130 DM und Bremen mit 4.796 DM. Die anderen Bundesländer stellen ebenfalls fest, in welcher Höhe brandenburgische Betriebsstätten-Finanzämter Lohnsteuerbeträge ihrer Arbeitnehmer vereinnahmt haben. Für diese Beträge hat das Land Brandenburg gegenüber den anderen Bundesländern Ausgleichsverpflichtungen.

Wie Übersicht 2 zeigt, haben die anderen Bundesländer gegenüber dem Land Brandenburg für 1992 insgesamt 54.889 Zerlegungsfälle mit einem Lohnsteuerbetrag von 253,3 Millionen DM ermittelt, darunter Berlin für 13.894 Zerlegungsfälle mit einem Betrag von 86,3 Millionen DM. Sachsen hat mit 25.590 Zerlegungsfällen und einer Lohnsteuersumme von 94,9 Millionen DM den höchsten Ausgleichsanspruch an das Land Brandenburg.

Aus der Differenz zwischen Ausgleichsansprüchen und Ausgleichsverpflichtungen ergibt sich für das Land Brandenburg ein insgesamt positiver Zerlegungssaldo von 586,6 Mill. DM. Nur gegenüber den Freistaaten Sachsen und Thüringen ist

**Übersicht 1: Ausgleichsansprüche des Landes Brandenburg
aus der Lohnsteuererlegung 1992**

Ausgleichsverpflichtetes Land	Zerlegungsfälle	LSI	durchschnittliche LSI je Zerlegungsfall
	Anzahl	DM	DM
Schleswig-Holstein	2 203	8 800 753	3 995
Hamburg	3 735	19 161 569	5 130
Niedersachsen	7 449	31 047 737	4 163
Bremen	756	3 625 900	4 796
Nordrhein-Westfalen	22 342	97 323 304	4 356
Hessen	5 336	29 183 274	5 469
Rheinland-Pfalz	2 088	9 496 575	4 548
Baden-Württemberg	7 300	33 990 097	4 656
Bayern	10 175	44 031 847	4 327
Saarland	688	2 470 979	3 592
Berlin	113 799	470 319 207	4 133
Mecklenburg-Vorpommern	11 044	33 987 811	3 068
Sachsen	9 424	30 865 922	3 275
Sachsen-Anhalt	6 736	22 435 457	3 331
Thüringen	1 022	3 243 351	3 174
Insgesamt	204 097	839 683 783	4 115

**Übersicht 2: Ausgleichsverpflichtungen des Landes Brandenburg
aus der Lohnsteuererlegung 1992**

Ausgleichsberechtigtes Land	Zerlegungsfälle		Lohnsteuer	
	Anzahl	%	DM	%
Schleswig-Holstein	135	0,25	1 048 763	0,41
Hamburg	96	0,17	808 040	0,32
Niedersachsen	1 065	1,94	9 452 287	3,79
Bremen	85	0,15	536 057	0,21
Nordrhein-Westfalen	1 557	2,84	15 193 490	6,00
Hessen	270	0,49	2 783 223	1,09
Rheinland-Pfalz	217	0,40	2 023 999	0,80
Baden-Württemberg	468	0,85	3 555 600	1,40
Bayern	526	0,96	4 563 829	1,80
Saarland	37	0,07	212 012	0,08
Berlin	13 894	25,31	86 368 527	34,10
Mecklenburg-Vorpommern	4 133	7,53	12 113 187	4,78
Sachsen	25 690	46,80	94 961 312	37,49
Sachsen-Anhalt	4 895	8,92	14 172 111	5,60
Thüringen	1 821	3,32	5 517 113	2,18
Insgesamt	54 869	100,00	253 287 550	100,00

ein negativer Zerlegungssaldo vorhanden. Der Kasse unseres Landes fließen also durch das Verfahren der Lohnsteuererlegung, mit der Abweichungen vom Wohnsitzprinzip korrigiert werden, Gelder zu.

Lohnsteuerkarte zurückgeben

Wie bereits erwähnt, dienen die Eintragungen in den Lohnsteuerkarten der Ermittlung der den Wohnsitzländern der Arbeitnehmer zustehenden Anteile aus der Lohnsteuererlegung. Außerdem sind die Lohnsteuer-

erkarten wichtige Belege zur Ermittlung des Verteilerschlüssels, nach dem jede Gemeinde den ihr zustehenden Anteil an der Lohnsteuer erhält. Jede nicht an das Finanzamt zurückgegebene Lohnsteuerkarte mindert die Steuereinnahmen der jeweiligen Wohnsitzgemeinde. Für das Jahr 1995 wird im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik erneut das Lohnsteueraufkommen der Brandenburger Arbeitnehmer ermittelt. Deshalb ist es wichtig, daß alle für das Kalenderjahr 1995 ausgestellten Lohnsteuerkarten dem Finanzamt übergeben werden.

Renate Sonntag

Steuereinnahmen der Gemeinden 1995 um 2,6 Prozent geringer als vor einem Jahr

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände (einschließlich des kommunalen Bereichs der Stadtstaaten) in Deutschland im Jahr 1995 94,5 Mrd. DM an Steuern ein, das waren 2,6 Mrd. DM oder 2,6 Prozent weniger als 1994.

Von dem gesamten Betrag entfielen

- 86,1 Mrd. DM (–3,7 Prozent) auf die Gemeinden im früheren Bundesgebiet und
- 8,4 Mrd. (+10 Prozent) auf die Gemeinden in den neuen Ländern.

Die beiden größten Einnahmeposten bildeten

- der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 45,5 Mrd. DM (+0,8 Prozent) und
- die Gewerbesteuer (netto, d.h. nach Abzug der an Bund und Länder abgeführten Umlage) mit 33,8 Mrd. DM (–10,5 Prozent).
- Auf die Grundsteuern entfielen 13,7 Mrd. DM (+8,5 Prozent) und
- auf die sonstigen Gemeindesteuern 1,4 Mrd. DM (–1,3 Prozent).

Die Anteile der ostdeutschen Gemeinden an den Steuereinnahmen sämtlicher Gemeinden des Bundesgebietes bewegten sich zwischen 5,6 Prozent (bei der Gewerbesteuer netto) und 12,0 Prozent (bei den Grundsteuern). Für die Summe aller Steuereinnahmen betrug die Quote 8,9 Prozent.

Der Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes ist erreichbar unter der Telefonnummer: 06 11/75 24 05.

Nutzung modernster Telekommunikation in der Verwaltung

Aufbau des Landesverwaltungsnetzes

Telekommunikation und Informationstechnik sind wichtige Voraussetzungen zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Deshalb liegt in der Schaffung einer optimalen Infrastruktur von Telekommunikationsnetzen eine wesentliche Voraussetzung zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit nicht nur von Unternehmen, sondern ebenfalls der öffentlichen Verwaltung. Die nötigen Transportwege für den Informations- und Datenaustausch werden durch Kommunikationsnetze bereitgestellt. Die Landesregierung Brandenburg gibt der Bildung einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur eine wesentliche Bedeutung, was sich auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 18. November 1994 zeigt:

„Die gesamte Verwaltung benötigt einen kräftigen Innovations-schub. Die Landesregierung baut ein hochmodernes kommunikationstechnisches Verwaltungsnetz auf, mit der Möglichkeit der Vernetzung der Kommunen. Es wird auch auf kommunaler Ebene viele Verwaltungsvorgänge vereinfachen und beschleunigen helfen.“

Mit dem Vorhaben Landesverwaltungsnetz (LVN) soll diese Zielstellung realisiert werden.

Die Möglichkeit des Zuganges der Kommunalverwaltungen zu einem landesweiten Kommunikationssystem für alle öffentlichen Einrichtungen unterstützt wirkungsvoll die Aktivitäten zur Kreisgebiets- und Funktionalreform, insbesondere für dezentrale und weitläufig verteilte Verwaltungsstrukturen (Abb. s. Titel). Die Sicherstellung des Aufbaus und des Betriebes des Landesverwaltungsnetzes ist dem LDS BB als eine Aufgabe von zentraler Bedeutung übertragen worden.

Das LVN, als Hochgeschwindigkeitsnetz, wird die Daten-, Sprach-, Bild-

und später auch die Videokommunikation unterstützen. Im LVN angewendete Kommunikationsverfahren stellen Möglichkeiten zur Verfügung, einmal geführte, amtlich aktuell gehaltene Informationen auf kontrollierte Weise auch fachübergreifend zu verwenden. Umfangreiche Informationen sind Grundlage zur Bewältigung vieler Aufgaben der Verwaltung.

Dieses universelle einheitliche Netz ermöglicht Dateitransfer, Telefongespräche, Videokonferenzen und vieles mehr im Interesse der Bürger sowie auch der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der Abwicklung behördlicher Vorgänge.

Das Landesverwaltungsnetz in Brandenburg ist besonders auf die Verbesserung der Sprach- und Datenkommunikation ausgerichtet. Dabei geht es sowohl um die gezielte Einsparung von Kosten, als auch um die Anbietung von zusätzlichen Kommunikations- und Informationsleistungen sowie Diensten.

Das LVN schafft für mehrere Einzelnetze ein wirtschaftliches, sicheres und einheitliches „Dach“.

Warum ein einheitliches „Dach“?

Der Nutzen der neuen Infrastruktur ist immens!

Kostenreduktionen sind durch das Zusammenführen bestehender Datennetze und durch die Einbindung von Telekommunikationsnetzen in das LVN zu erwarten. Bisher lokale Verfahren, wie z.B. Wohngeld, HKR (Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen) können über die neue Netzinfrastruktur zentral abgearbeitet werden.

Vom LDS BB vorgehaltene Statistikdatenbanken werden über einheitliche Zugriffsverfahren netzweit zur Verfügung gestellt.

Der Informationsdienst WWW des weltumspannenden Internets, als be-

ste regionale elektronische Kommunikationsplattform, kann nach Bedarf den Nutzern des LVN zugänglich gemacht werden.

Gleichzeitig wird den am LVN angeschlossenen Behörden und Verwaltungen die Möglichkeit eröffnet, sich mit diesem Informationsdienst regional zu präsentieren. Als Beispiel dafür kann die Präsentation einiger Landesbehörden wie die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg angeführt werden.

Die Einführung der elektronischen Post über das LVN zwischen den angeschlossenen Behörden schafft grundlegende Voraussetzungen für



Internetangebot des Landes Brandenburg:
<http://www.brandenburg.de/>

eine schnellere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen, auch zum Nutzen der Bürger.

Bestimmte, interessante Informationen, die bisher für den Bürger nur in Schriftform verfügbar waren, können nun auch mittels des bereits beschriebenen Informationsdienstes eingesehen werden.

Eine Verbindung des LVN mit dem Verwaltungsnetz der Stadt Berlin ist geplant. Damit soll ein Austausch von Daten und Nachrichten zwischen den Verwaltungen beider Länder ermöglicht werden.

Hartmut Junck, Armin Lamla

„Closed-shop-Betrieb“

Landesrechenzentrum

Das Landesrechenzentrum des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg steht allen Behörden des Landes Brandenburg zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung.

Der **IBM-Großrechner 9672-R22** (CMOS2-Technologie) wird aus Datenschutz- und Datensicherheitsgründen im „closed-shop-Betrieb“ gefahren und ist damit nicht offen zugänglich.

Das Rechenzentrum befindet sich in einem abgeschlossenen Sicherheitsbereich, in dem nur mit entsprechender Autorisierung ein begrenzt definierter Personenkreis über ein elektronisches Zutrittsystem einen Zugang hat. Eine Nutzung der DV-Anlagen im Rechenzentrum ist nur mittels eines Nutzerkennzeichens und über eine Netzanbindung möglich. Mit der Installation einer MVS-Umgebung hat sich das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg in die Lage versetzt, den hohen RACF-Sicherheitsstandard zu gewährleisten. RACF ist eine Sicherheitssoftware, die über einen Zugriffskontrollmechanismus den Zugriff zu Dateien steuert und protokolliert. Dabei werden keine zu schützenden Daten verändert.

Der Einsatz von RACF ergibt sich aus den Forderungen des Datenschutzes, um den unberechtigten Zugriff zu Daten, Datenträgern, Programmen u.a. und deren versehentliche Zerstörung zu verhindern.

In einem teilautomatisierten Rechenbetrieb unter dem Betriebssystem MVS/ESA erfolgt die Verarbeitung aller für die Bundes- und Landesstatistik relevanten Daten. Mittels eines Datenverbundsystems erfolgt der Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt.

Seit Sommer 1993 erfolgt auch die Abarbeitung der zentralen Großverfahren Wohngeld und BAföG. Um die Abarbeitung noch effizienter zu gestalten, wird für jedes Verfahren eine Dialogsteuerung eingerichtet. Die

dabei verwendeten Datenbankmodelle basieren auf der Grundlage ADABAS/NATURAL und beinhalten eine menügesteuerte Lösung, die für jede entsprechende Anwendung selbsterklärend aufgebaut ist. Damit erhalten die Anwender die Möglichkeit, Daten für die Abarbeitungssteuerung wie z.B. die Eingabe von Korrekturdaten, die Formulierung von Abfragen, das Abrufen von Ablaufinformationen im Dialog selbstständig vorzunehmen.

Neben der rechentechnischen Bearbeitung und Betreuung dieser DV-Verfahren auf dem Großrechner werden vom Rechenzentrum noch weitere Leistungen angeboten:

- **Datenerfassung**

An zwei UNIX-Systemen RM600 mit 40 Erfassungspunkten werden die enormen Datenmengen von ungefähr 500 000 Datensätzen pro Monat für die einzelnen DV-Verfahren erfaßt.

Für die Gebäude- und Wohnungszählung kam erstmalig Beleglesetechnik – Scannen von A4-Belegen – zum Einsatz, die schrittweise auch in die anderen Verfahren integriert wird.

- **Druckleistungen auf Laser- und Stahlbanddruckern**, inclusive maschinelle Kuvertierung und Versand in den Formaten C4, C5, C6

Als Drucksysteme kommen Laserdrucker – Endlospapier/Simplex – mit einer Kapazität von 228 Seiten/Minute und Laserdrucker – Einzelblatt/Duplex A3/A4 – mit 15/30 Seiten/Minute zum Einsatz.

- Die Erstellung und Archivierung von **Sicherheitskopien** der einzelnen Datenbanken, einschließlich aller anderen vorhandenen Daten und Programme.

- In zunehmendem Maße werden die **Formulare, Erhebungsbogen und Vordrucke** für statistische Verfahren rechnergestützt erstellt und ausgedruckt.

- Im Rechenzentrum erfolgt ebenfalls eine Mitarbeit bei der Planung und Realisierung von **Termi-**

nal- bzw. PC-Anschlüssen an den Großrechner und die entsprechende Einweisung der Anwender in die Software. An den Großrechner sind zur Zeit ca. 200 Terminals/PC angeschlossen.

- Im **Archiv** werden gegenwärtig 45 000 Dateien auf MB-Kassetten gespeichert und verwaltet.
- Ebenfalls in das Aufgabengebiet des Rechenzentrums fällt die **Dokumentation und Vergabe von Nutzern und Nutzerrechten**.

Großen Wert legen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechenzentrums auf Beratung und detaillierte Analyse der individuellen Anwenderbedürfnisse.

Der Rechenbetrieb wird von morgens 6.00 Uhr bis abends 22.00 Uhr aufrechterhalten. Dazu wird in zwei Schichten gearbeitet. Wird eine Bereitstellung der Anlagen aus der Sicht des Nutzers über die angebotenen Betriebszeiten hinaus erforderlich, so kann dies in Absprache mit den Verantwortlichen im Rechenzentrum ermöglicht werden. Zu diesem Zwecke werden Sondertermine zur Verfügung gestellt. Alle Nutzer werden über das Rechenzentrums-Informationssystem über diese zusätzlichen Rechnerzeiten informiert.

Das Zentralrechnersystem enthält eine Prozessor-Verfügbarkeitseinrichtung, so daß bei Ausfall eines Zentralprozessors die betroffene Arbeit auf dem anderen Zentralprozessor fortgeführt wird.

Der Hauptspeicher hat eine Kapazität von 512 Megabyte. An den Zentralrechner sind mittels Kanalschluß Magnetplatteneinheiten mit einer Gesamtspeicherkapazität von rund 135 Gigabyte angeschlossen.

Ein genauer Überblick über die vorhandene Hard- und Software und deren Nutzungsmöglichkeiten wird in einem RZ-Handbuch dokumentiert. Dieses Handbuch wird ständig aktualisiert und kann von allen Nutzern bei Herrn Menz unter der Telefonnummer (0331) 39534 angefordert werden.

Günter Menz

LÄNDER

BERLIN ~~JA~~

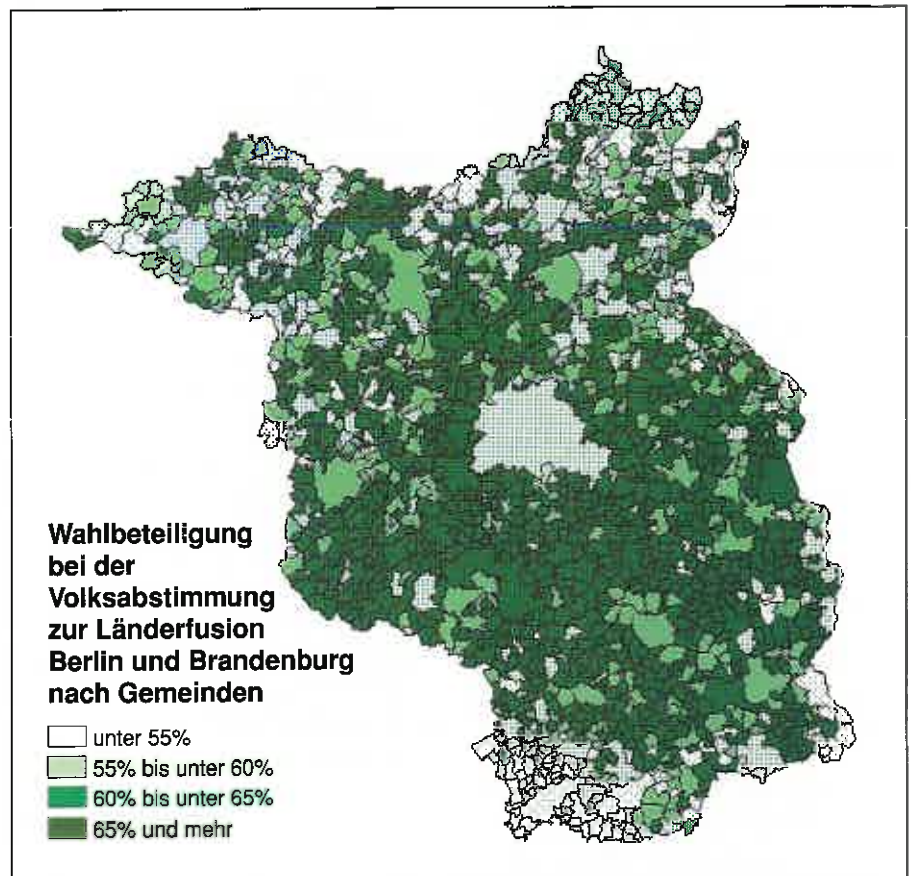
Am 5. Mai 1996 waren die Bürgerinnen und Bürger der Länder Berlin und Brandenburg aufgerufen, in Volksabstimmungen darüber zu entscheiden, ob das Land Berlin und das Land Brandenburg ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg bilden sollen. Abstimmungsrechtlich waren in Berlin ca. 2,48 und in Brandenburg 1,96 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

Der von den Regierungen der beiden Bundesländer Mitte 1995 geschlossene Staatsvertrag regelte die Bedingungen des Zusammenschlusses. Die in Artikel 4 des Neugliederungs-Vertrages formulierte Abstimmungsfrage lautete: „Stimmen Sie dem Vertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes zu?“.

Darüber hinaus wurde folgende Zusatzfrage gestellt: „Soll das gemeinsame Land gebildet werden im Jahr 1999 oder im Jahr 2002?“. Jede abstimmungsberechtigte Person hatte also zwei Stimmen. Die Frage nach dem Zeitpunkt des möglichen Zusammenschlusses war unabhängig von der Entscheidung über die Abstimmungsfrage.

Im Neugliederungs-Vertrag war vereinbart worden, daß die Zustimmung zum Zusammenschluß in jedem der beiden Länder nicht nur der Mehrheit der abgegebenen Stimmen bedurfte, sondern daß diese Mehrheit auch mindestens jeweils ein Viertel der Abstimmungsberechtigten umfassen mußte (Quorum). Erst bei Vorhandensein einer solchen qualifizierten Mehrheit bei der Abstimmungsfrage wurden die Antworten auf die Zusatzfrage bedeutsam.

Die endgültigen Abstimmungsergebnisse für das Land Berlin und das Land Brandenburg stellte der gemeinsame Abstimmungsausschuß



auf seiner Sitzung am 15. Mai 1996 im Landtag Brandenburg fest. Laut den endgültigen Ergebnissen stimmte im Land Berlin die Mehrheit der Abstimmenden dem Vertrag über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes zu, im Land Brandenburg lehnte die Mehrheit der Abstimmenden diesen Vertrag ab. Die Neugliederung auf der Grundlage des 1995 geschlossenen Staatsvertrages kommt daher nicht zustande.

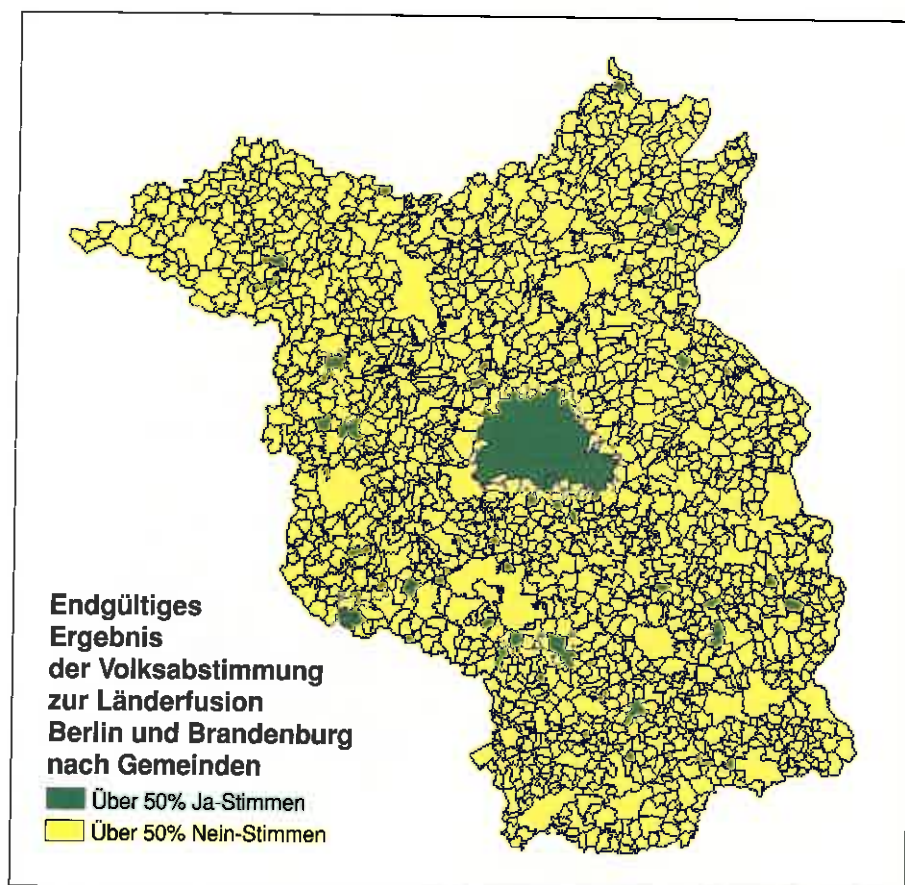
Im Land Brandenburg lag die Abstimmungsbeteiligung mit 66,38 Prozent um 5 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 1994, sie war aber höher als

beim Volksentscheid 1992 und allen anderen danach folgenden Wahlen und lag deutlich über den Ergebnissen von Berlin.

In allen an Berlin angrenzenden Landkreisen und in Potsdam und Frankfurt (Oder) war die Abstimmungsbeteiligung 65 Prozent und höher. In den restlichen Landkreisen und kreisfreien Städten blieb sie darunter. Die Beteiligung zeigte eine Spannweite zwischen 76,3 Prozent in Potsdam und 59,7 Prozent im Kreis Elbe-Elster.

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten wurde von den Abstimmenden gegen die Fusion votiert. Die

FUSION

BRANDENBURG ~~X~~ NEIN
Volksabstimmung in den Ländern Berlin und Brandenburg am 5. Mai 1996 über den Neugliederungsvertrag

Merkmal	Volksabstimmung am 05.05.1996			
	Land Berlin		Land Brandenburg	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Abstimmungsberechtigte	2 475 724	x	1 957 424	x
Abstimmungsteilnehmer/Abstimmungsbeteiligung	1 428 268	57,69	1 299 424	66,38
Abstimmungsfrage				
gültige Ja-Stimmen	765 602	53,60	475 208	36,57
gültige Nein-Stimmen	654 840	45,85	814 936	62,72
ungültige Stimmen	7 626	0,55	9 280	0,71
Zusatzfrage				
für 1999 abgegebene gültige Stimmen	557 337	39,02	343 764	26,46
für 2002 abgegebene gültige Stimmen	442 600	30,99	368 714	28,38
ungültige Stimmen	428 331	29,99	536 946	45,17
insgesamt ungültige Stimmzettel	4 127	0,29	5 472	0,42

größte Ablehnung kam aus der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) mit einem Anteil der gültigen Nein-Stimmen an den insgesamt abgegebenen Stimmen bei der Abstimmungsfrage von 66,9 Prozent. Am geringsten war die Ablehnung im Kreis Potsdam-Mittelmark mit 59,6 Prozent Nein-Stimmen.

Nur in 66 der insgesamt 1696 Gemeinden des Landes Brandenburg, in denen abgestimmt wurde, hatte sich die Mehrheit der Abstimmenden für die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes ausgesprochen. Davon konzentrieren sich 36 Gemeinden bzw. 54,5 Prozent auf die Kreise Potsdam-Mittelmark (15), Teltow-Fläming (11) und Dahme-Spreewald (10).

Bei der Zusatzfrage nach dem Jahr der Fusion hatten sich nur die drei – an Berlin angrenzenden – Kreise Oberhavel, Havelland und Teltow-Fläming für 1999 entschieden. Alle anderen stimmten für 2002.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der Berliner Bezirke zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Mit Ausnahme des Stadtbezirkes Köpenick haben alle Ostberliner Bezirke mit „Nein“ gestimmt.

Alle Westberliner Bezirke und Köpenick waren – mit Schwankungen zwischen 67,9 Prozent Ja-Stimmen (Zehlendorf) und 51,3 Prozent (Köpenick) – für die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes.

Außer Marzahn und Hohenschönhausen stimmten alle Bezirke für das frühere Fusionsjahr.

In Berlin war die Beteiligung zwar 4 Prozentpunkte höher als zur Europawahl, sie blieb aber mit 57,69 Prozent deutlich unter den sonstigen Ergebnissen der letzten beiden Jahre.

Erika Heynert

Aktuelle Veröffentlichungen des LDS Brandenburg

Statistisches Jahrbuch Brandenburg 1995 35,- DM

Auf 550 Seiten bietet das Nachschlagewerk Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Das Spektrum reicht von geographischen und meteorologischen Daten Brandenburgs über Bevölkerungszahlen, Wahlergebnisse, Wirtschafts- und Landwirtschaftsdaten bis hin zur Entwicklung von Preisen, Löhnen und Gehältern. Im Anhang sind ausgewählte Ländervergleichszahlen dargestellt. In das Jahrbuch neu aufgenommen wurden in diesem Jahr u.a. Daten aus der Strafverfolgungsstatistik 1994.

Gemeinschaftsveröffentlichungen Berlin/Brandenburg

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg sowie das Statistische Landesamt Berlin haben vier Gemeinschaftsveröffentlichungen herausgegeben.

Heft 1 Bevölkerung 6,- DM

Das Heft beinhaltet jeweils für die Berliner Bezirke sowie die kreisfreien Städte und Landkreise Brandenburgs die Zahl der Einwohner und deren Altersstruktur, Angaben zur natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung, zu Ehescheidungen und zu Todesursachen aus dem Jahr 1993. Gesondert wird der engere Verflechtungsraum ausgewiesen.

Heft 2 Wirtschaft 8,- DM

Das Heft gibt einen Überblick über die Struktur wichtiger Wirtschaftsbereiche beider Länder für die Jahre 1993 und 1994. Die Inhalte reichen von Daten des Produzierenden Gewerbes über Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung bis hin zu Tourismuszahlen. Es werden ebenfalls Regionalangaben ausgewiesen.

Heft 3 Ausgewählte Strukturdaten 6,- DM

Das Heft enthält ausgewählte Angaben über die Bevölkerung, die Wirtschaft und Landwirtschaft sowie Ergebnisse vorangegangener Wahlen.

Heft 4 Volksabstimmungen am 5. Mai 1996 – Endgültige Ergebnisse 8,- DM

Das Heft enthält die endgültigen Ergebnisse beider Länder in tabellarischen, grafischen und kartographischen Darstellungen.

Verzeichnisse

Amtliche Schlüsselnummern der Gemeinden des Landes Brandenburg 11,50 DM

(Datenträger: 31,50 DM / dBASE- und ASCII-Datei)

In übersichtlicher Form werden die amtlichen Schlüsselnummern der Gemeinden, die Postleitzahl, die Bevölkerung, die Fläche und die Amtszugehörigkeit dargestellt. Ein alphabetischer Teil erleichtert die Zuordnung einzelner Gemeinden.

Verzeichnis der Ämter, amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg 15,- DM

(Datenträger 35,- DM / dBASE, ASCII, Excel)

Zu welchem Amt gehört welche Gemeinde?

Aufgrund der Bildung der Ämter im Land Brandenburg ist es nicht immer einfach, die für die einzelne Gemeinde zuständige Verwaltung zu finden. Dieses Verzeichnis soll bei der Suche behilflich sein. Es beinhaltet neben den Anschriften der Ämter einen Teil, aus dem ersichtlich ist, welche Gemeinden zum Amt gehören. In einem zweiten Teil sind alle Gemeinden alphabetisch mit dem dazugehörigen Amt aufgelistet.

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen 23,- DM (Datenträger 43,- DM / dBASE, ASCII, Excel)

Diese überarbeitete Auflage beinhaltet die im Schuljahr 1995/96 existierenden Schulen und enthält

- die Anschriften der Grundschulen, Gesamtschulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen, Waldorfschulen, Abendschulen, Kollegs, Volkshochschulen und der gymnasialen Oberstufe an Oberstufenzentren,
- den Namen des Schulleiters sowie
- die Telefonnummer.

Innerhalb der nach Schulformen gegliederten Abschnitte sind die Schulen entsprechend der Kreisstruktur geordnet. Im Anhang sind die Anschriften der Staatlichen Schulämter veröffentlicht.

Verzeichnis der berufsbildenden Schulen 8,50 DM (Datenträger 28,50 DM / dBASE, ASCII, Excel)

Diese Zusammenstellung beinhaltet

- die Anschriften der Oberstufenzentren, Fachschulen, Berufsfachschulen und der Förderberufsschule,
- den Namen des Schulleiters,
- die Telefonnummer.

Im Anhang sind die Anschriften der Staatlichen Schulämter und der Schulräte für berufliche Bildung aufgeführt.

Verzeichnis der Hochschulen 4,50 DM

Dieses Verzeichnis beinhaltet die Anschriften aller Hoch- und Fachhochschulen des Landes Brandenburg sowie die an ihnen möglichen Studiengänge mit Abschlußprüfungen.

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 12,- DM

In diesem Verzeichnis sind alle Einrichtungen zur stationären Versorgung der Bevölkerung ausgewiesen.

Für jede Einrichtung sind Name, Anschrift, Telefon-Nummer, Name und Art des Trägers ausgewiesen.

Des weiteren werden aus den Ergebnissen der amtlichen Krankenhausstatistik Angaben zur Art der Einrichtung, die Planbetten insgesamt sowie die aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt nach Fachabteilungen übernommen.

Behördenverzeichnis 16,- DM

(Datenträger 36,- DM / dBASE und ASCII)

Dieses Verzeichnis beinhaltet die Anschriften, Telefon- und Fax-Nummern

- der obersten Landesbehörden (Ministerien),
- deren nachgeordneter Behörden und Einrichtungen,
- der Gerichte und Staatsanwaltschaften,
- der gemeinsamen Behörden der Länder Berlin und Brandenburg,
- der Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise,
- der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie
- der Zweckverbände.

Beiträge zur Statistik Brandenburgs

Heft 1: Stationäre Behandlung in Krankenhäusern des Landes Brandenburg 1980 bis 1990 5,50 DM

Heft 2: Bildung 1993 5,50 DM

Heft 3: 8. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 13,- DM

Heft 4: Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten der Bundesrepublik Deutschland (September/Oktober 1993) 6,50 DM

Heft 5: Entwicklung der Verbraucherpreise in Brandenburg 1990 bis 1994 5,50 DM

Heft 6: Vorausschätzung der Bevölkerung von 1993 bis 2010 16,- DM